

D 2835 E

6 Frankfurt/M.
März 3/68
1,- DM

MAGAZIN
FÜR JUNGE
LEUTE

et

JOHNSON EXKLUSIV:
**WARUM ICH
EBEN KEIN
MÖRDER
BIN!**

**Mr. Johnsons
Killer**

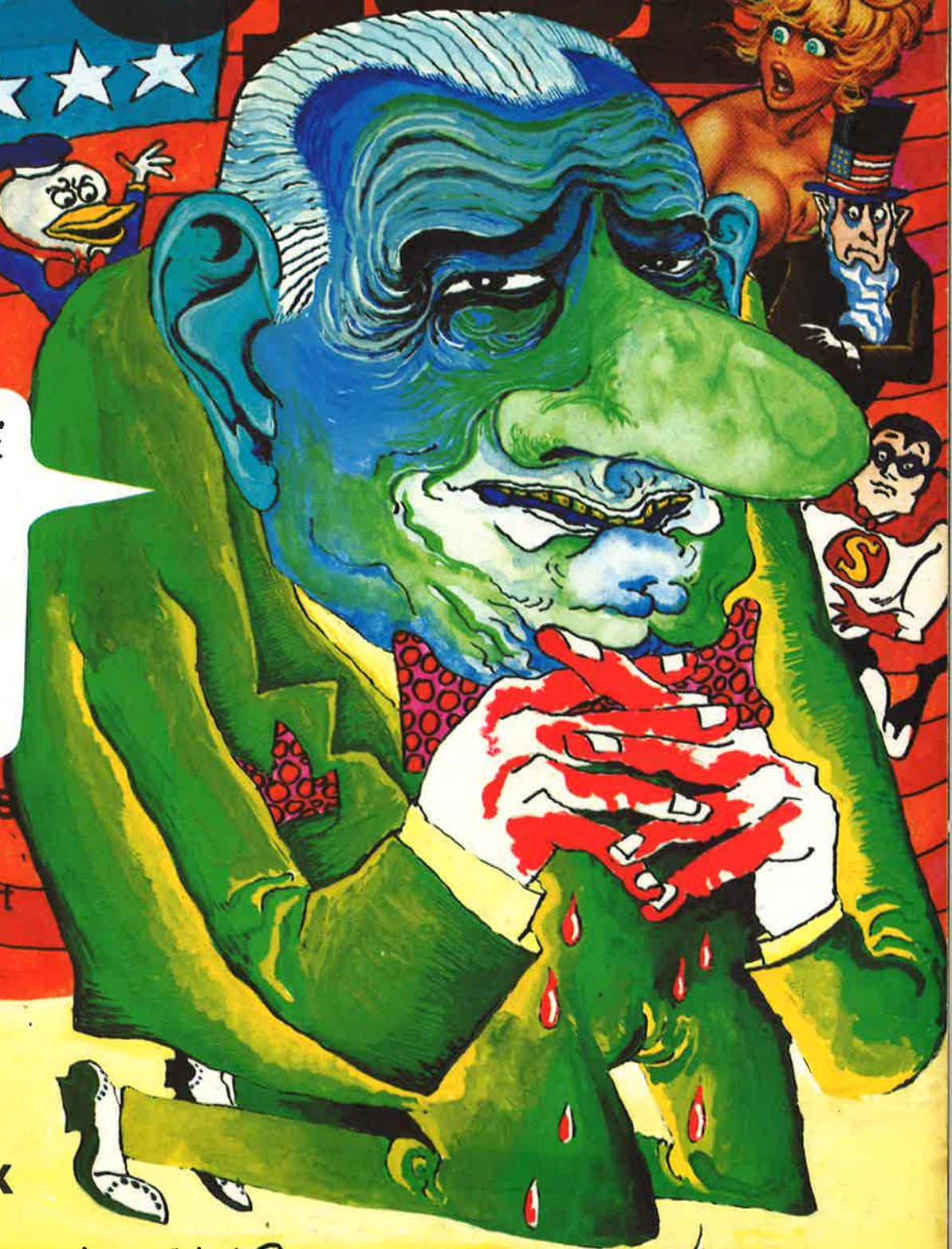
Ein Vietnam-Report
in Bildern

§ 103

Prozeß-Lawine in
Sachen Vietnam?

We like Marx

Revolutionäre
sozialistische
Jugendorganisation
in Sicht.



HERAUSGEBER
Bernhard Jendrejewski,
Pastor Horst Stuckmann
Werner Weismantel,
Pfarrer W. Heintzeler

VERLEGER
Karl Heinz Schröder
Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR
Karl Hubert Reichel

VERANTWORTL. REDAKTEUR
H. J. Hennecke, Dortmund

LAYOUT
Dmitrij Werschbizkij

REDAKTION
46 Dortmund, Kuckelke 20
Tel. 57 20 10

VERLAG
Weltkreisverlags-G. m. b. H.
6104 Jugenheim a. d. B.
Alsbacher Straße 65

FRANKFURTER BÜRO
6 Frankfurt/M.,
Robert-Mayer-Straße 50
Tel. 70 84 05

PREIS INLAND
Einzelpreis DM 1,—
Jahresabonnement DM 10,—
zuzügl. Zustellgebühr

PREISE AUSLAND

BELGIEN 15 Bfrs. / BULGARIEN 50 stc.
/ CSSR 2 Kr. / DANEMARK 2,30 dkr. /
GROSSBRITANNIEN 3 sh. / IRLAND 3
sh. / FINNLAND 1,20 fmk. / FRANK-
REICH 1,50 flrs. / ITALIEN 200 Lire /
LUXEMBURG 15 Lfrs. / NORWEGEN 2,75
nkr. / NIEDERLANDE 1,10 hfl. / ÖSTER-
REICH 10 Schilling / POLEN 1 Zloty /
SCHWEDEN 2,25 skr. / SCHWEIZ 1,20
sfrs. / UdSSR 0,30 Rubel / USA u. a.
40 ct.

DRUCK: HOSCH GMBH., FRANKFURT

LESEBRIEFE
erwünscht. Namentlich gezeichnete Bei-
träge geben nicht in jedem Fall die Mei-
nung der Redaktion wieder.



Lieber Leser,

seit Jahren haben Bundesregierung und Parlament taube Ohren und zugeknöpfte Taschen, wenn die Jugend in diesem Lande Fragen und Forderungen stellt. Erinnern wir: Anno 1948 forderte die Gewerkschaftsjugend die rasche Verabschiedung eines fortschrittlichen Berufsausbildungsgesetzes, 20 Jahre später ist diese für die Gesellschaft so wichtige Forderung immer noch nicht erfüllt. 1951 demonstrierten tausende Schüler und Studenten in Hamburg für eine Fahrpreismäßigung und wurden brutal zusammengeknüppelt. Heute ist die Antwort auf diese Forderung immer noch die gleiche: Wasserwerfer, Gummiknüppel, Festnahmen. Obwohl es im Grundgesetz heißt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“.

Es ist das legitime Recht der jungen Generation, ihren Forderungen auch durch Demonstrationen und Kundgebungen Nachdruck zu verschaffen. Der CDU-Fraktionsführer Barzel bezeichnet diesen Protest jedoch als „Terror“, hinter dem „nihilistische Demagogen“ ständen; Gerstenmaier fordert eine „konzertierte Aktion von Regierung und Parlament“, und CSU-Jaeger versucht Landräte und Polizeipräsidenten mit dem Wort scharf zu machen: „Landgraf, werde hart!“

Wir leben in einem Staat, der mehr und mehr zum Selbstbedienungsladen für Großunternehmer und Generalität geworden ist. Das erkennen immer mehr junge Menschen, und sie werden deshalb politisch aktiv. Sie kauen nicht mehr den „Bild“-Einheitsbrei und suchen auch keinen Ausweg in einer vorfabrizierten Traumwelt oder gar im LSD-Rausch. Sie erkennen: Änderungen können nur durch die gemeinsame Aktion durchgesetzt werden. Diese für unsere Demokratie gesunde Entwicklung müßte jeder Politiker begrüßen. Doch die Herren Kiesinger, Barzel, Gerstenmaier, Jaeger und Springer sind zutiefst beunruhigt.

Denn es sind die Auswirkungen ihrer Politik, gegen die sich junge Menschen wehren. Die Mehrwertsteuer — gelegentlich auch treffend Wehrmachtssteuer oder Vietnamsteuer genannt — ließ die Fahrpreise in die Höhe schnellen. Die Besitzer der kleinsten Geldbeutel sollen blechen. Und sie sollen sich nicht dagegen wehren dürfen. Daher der Angriff der Bundesregierung auf die Meinungsfreiheit junger Menschen, wie er in der Jugenddebatte des Bundestages angekündigt wurde.

Es geht um den billigen Fahrschein, um Bildung, um Demokratie, um Frieden. Die gemeinsamen Proteste sind erfolgreich, das gilt nicht nur in einer Stadt, in einem Lande, das gilt auch international: in Bremen, wo Schüler, Studenten, Lehrlinge und Arbeiter gemeinsam vorgingen, wurde die Fahrpreiserhöhung zurückgezogen — in Athen bewirkte der weltweite Protest die Freilassung von Mikis Theodorakis.

Wenn diese gemeinsamen Aktionen aller Demokraten fortgesetzt werden, können Preis- und Fahrtariferhöhungen überall rückgängig gemacht werden, können Notstandsgesetze verhindert und kann die Bundesrepublik zu einem „demokratischen und sozialen Bundesstaat“ werden, wie es in Artikel 20 des Grundgesetzes gefordert ist. Die Aktionen in aller Welt können auch die amerikanische Aggression in Vietnam beenden, können die Demokratie in Griechenland herstellen.

Mit den Ostermärschen für Demokratie und Abrüstung und dem Marsch der Notstandsgegner nach Bonn bieten sich der Jugend sehr gute Möglichkeiten, ihre Forderungen in der Öffentlichkeit wirkungsvoll zu vertreten.

Was uns betrifft, wir werden dabei sein!

Herzlichst Ihr

Karl Hubert Reichel

Mr. Johnsons Killer

Dies ist der erschütternde Bericht eines Augenzeugen. Dr. Joseph Janssen* war als Arzt in Südvietnam tätig. Seine Bilder, sein Bericht sind bisher unveröffentlichte Beweisstücke, die erneut bestätigen:

Die USA führen in Vietnam einen Ausrottungskrieg gegen ein ganzes Volk. Mit Napalm, Giftgas und Chemikalien. Verantwortlich dafür ist der amerikanische Präsident Lyndon B. Johnson. Johnson persönlich bestimmt den Umfang des Einsatzes der US-Armee. Johnson persönlich gibt die Ziele in Nordvietnam zur Bombardierung frei. Johnson persönlich gibt im Namen der Freiheit die Befehle zum Völkermord. Im Auftrag und im Interesse der großen amerikanischen Wirtschaftskonzerne. Selbst der Einsatz von A-Waffen wird von US-Politikern erwogen! Die Bundesregierung unterstützt diesen Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk. Moralisch, politisch und wirtschaftlich. Der Vietcong kämpft für das Recht der Südvietnamesen, ihre Zukunft selbst zu bestimmen. Seine großen Erfolge der letzten Wochen beweisen: er wird in diesem Kampf von der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Dieser Kampf muß auch von uns unterstützt werden. Die Bundesregierung muß gezwungen werden, ihre Unterstützung des US-Krieges aufzugeben. Johnsons Killer müssen aus Vietnam verschwinden.

Lieber Leser! Wir haben lange überlegt, ob wir Ihnen die Bilder auf den folgenden Seiten zeigen können. Sie sind grauerregend. Aber in dieser Situation, in der verantwortliche US-Politiker den Einsatz von Atomwaffen fordern, glauben wir, die ganze Grausamkeit des verbrecherischen US-Krieges in Vietnam zeigen zu müssen.

Als ich nach Vietnam flog, um als Arzt in einem Krankenhaus Südvietnams zu arbeiten, hatte ich mir als Reiselektüre das Buch von David Halberstam „Wird der Dschungel entlaubt“ gekauft. So bekam ich einen kleinen Einblick in das, was ich in Vietnam zu erwarten hatte. Dieses Buch ist von einem amerikanischen Journalisten geschrieben worden, der mit mutigen Sätzen den Krieg in Vietnam verurteilt. Auch konnte ich nun gut vergleichen, um wieviel der Krieg in den zweieinhalb Jahren an Grausamkeit zugenommen hatte, nachdem Halberstam Vietnam 1964 wieder verlassen hatte.

Wer nur einmal diese verbrannten und entstellten Menschen sah, die — wenn sie Glück hatten und nicht in den Reisfeldern elend zugrunde gingen — nach jedem Bomben- und Napalm-Angriff der Amerikaner ins Krankenhaus gebracht werden, der wird es in seinem Leben nicht mehr vergessen. Das Napalm liegt a's dampfende und langsam weiterbrennende Teer-Phosphor-Schicht auf den Körpern der Menschen; überall riecht es ekelhaft nach verbranntem Fleisch. Und immer wieder sind es Frauen und Kinder, die von dieser schrecklichen Waffe betroffen werden.

Welche Freiheit wird hier verteidigt? Diese Bilder zeigen Napalm-Verbrannte, die nach Angriffen der Amerikaner ins Krankenhaus gebracht wurden. Die Chance zum Überleben ist nicht groß. Nie vergesse ich diesen 10jährigen Jungen (Bild), dessen Gesicht vom Teer verklebt und aufgedunsen war, und bei dem wir nicht wußten, wie wir ihn lagern sollten, da der ganze Körper mit Brandwunden 1. und 2. Grades übersät war. Acht Wochen lang pflegte der Vater seinen kleinen Sohn, zusammengekauert schlief er am Ende des Bettes, eine Konservendose diente ihm als Kopfkissen. Es war eine aufopfernde Pflege, und er war dankbar für etwas Essen oder eine Dose Coca Cola, die wir dem Kind schenkten. Der Mann war sehr arm und finanziell nicht in der Lage, für sich und seinen Sohn zusätzlich etwas zu essen zu kaufen.



Oft werden die schwerverletzten Kinder von ihren Angehörigen meilenweit zu Fuß zum Krankenhaus getragen. Häufig war die ganze Familie betroffen. Immer wieder versuchten die Amerikaner, den Ursprung dieser Verbrennungen zu leugnen. Gegen das Wort „Napalm“ sind sie allergisch. So behaupten sie, diese oder jene Verbrennung wäre durch ein Heizmaterial, wie Kerosin, Petroleum oder Gas entstanden. Diese Methode ist sehr dumm; denn nicht nur ein Arzt, sondern auch der Pfleger und der Laie kennt den Unterschied zwischen Napalm-Verbrennungen und solchen, die eine andere Ursache haben. Der Napalm-Verbrannte ist mit einer dicken, dampfenden Teer- und Phosphor-Schicht bedeckt. Gesicht, Hände und Füße sind stark geschwollen. Und nach dem Abheilen dieser Brandwunden bleiben Verwachsungen und Narben zurück. Die Menschen sind, wie dieser Junge hier, (Bild oben), für ihr ganzes Leben gezeichnet. Ich habe immer wieder festgestellt, daß gerade diese Menschen einen unheimlichen Haß gegen denjenigen bekommen, der diese schreckliche Waffe einsetzt.



* Aus verständlichen Gründen haben wir den Namen des Autors verändert. Wie bekannt, wurde erst kürzlich westdeutschen Rückkehrern aus Saigon von Regierungsstellen Redeverbot erteilt.



Das ist das Ergebnis der „Befriedung“ eines südvietnamesischen Dorfes. Die Überlebenden suchen nach ihren toten Angehörigen.

Die Propagandalügen der Amerikaner sind ungeheuerlich. Vor nicht allzulanger Zeit wurden Flugblätter abgeworfen. Auf diesen war ein deutscher Arzt zu sehen, der einen Verletzten behandelt. Im Text dazu wurde gesagt, dieser Verletzte sei ein Opfer des Vietcong-Terror-Überfalles. In Wahrheit handelt es sich bei diesem Verletzten nachweislich um ein Opfer eines Napalm-Angriffs der Amerikaner.

Von den Amerikanern werden Ärzte und Pfleger in Städte und Dörfer geschickt. Teilweise arbeiten sie in Krankenhäusern, teilweise in freien Dispensarien (ambulante Stationen). Diese Ärzte und das Sanitätspersonal tragen Waffen. So wurden bei einem nächtlichen Angriff des Vietcong diese VC-Angehörigen von einem amerikanischen Ärzte- und Pflegeteam erschossen. Alle Südvietnamesen, mit denen ich über diesen Vorfall sprach, konnten es nicht verstehen, daß Ärzte mit Waffen, bekleidet mit Stahlhelm und kugelsicherer Weste das Krankenhaus betreten und auch mit der Waffe in der Hand kämpfen. Sollte es nicht gerade für den Arzt und Sanitätshelfer das oberste Gebot und seine heiligste Pflicht sein, nicht zu töten, sondern das Leben zu erhalten?

Die Amerikaner haben ab 11 Uhr abends Sperrstunde. Kein amerikanischer Arzt und kein Pfleger kann danach noch zum Krankenhaus kommen und Patienten behandeln. Selbst nach Gefechtshandlungen vergehen oft Stunden, bis die Verwundeten von ihnen versorgt werden. So geht oft kostbare Zeit verloren, und mancher Verletzte hätte gerettet werden können, wäre früh genug ärztliche Hilfe gekommen.



§ 103

„Wer ein ausländisches Staatsoberhaupt beleidigt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren, im Falle der verleumderischen Beleidigung mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.“

(§ 103 StGB)

„Die Vergehen dieses Abschnittes werden nur verfolgt, wenn ... ein Strafverlangen der ausländischen Regierung vorliegt und die Bundesregierung die Ermächtigung zur Strafverfolgung erteilt. Die Ermächtigung kann zurückgenommen werden.“

(§ 104 a StGB)

Kommt Prozess Lawine?

„Johnson ist ein Mörder“ hatte elan festgestellt. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft sah darin einen Verstoß gegen § 103 StGB und leitete ein Ermittlungsverfahren ein. Wir sind bereit, den Wahrheitsbeweis für diese Behauptung auch vor Gericht anzutreten. Wir stehen nicht allein: Mehrere hundert Persönlichkeiten haben sich inzwischen der Aktion Selbstanzeige angeschlossen. Unsere Bitte: unterstützen auch Sie uns in jeder möglichen Form – durch Selbstanzeige, durch eine Stellungnahme und besonders durch Werbung neuer Leser.

An den Justizminister der Bundesrepublik Deutschland

In Vietnam führen die USA einen schmutzigen und barbarischen Krieg gegen ein Volk, das um seine Freiheit kämpft.

Verantwortlich für den organisierten Massenmord am vietnamesischen Volk ist der Präsident der Vereinigten Staaten, Mr. L. B. Johnson.

Mit Joan Baez bin ich der Meinung, daß L. B. Johnson nach den Grundsätzen des Internationalen Militärtribunals, vor dem sich nach 1945 die deutschen Kriegsverbrecher verantworten mußten, verurteilt werden mußte.

Ich erkläre hiermit in aller Öffentlichkeit: Präsident L. B. Johnson ist ein Mörder! Mit Mördern sollte die Regierung der Bundesrepublik keinen Umgang und keine Freundschaft pflegen.

Diese Überzeugung gebe ich hiermit zu Protokoll.

Ich erstatte wegen dieser Äußerung Selbstanzeige und bitte gemäß § 103 StGB um gerechte Bestrafung.

Unterschrift

Name

Geburtsort und Datum

Wohnort

Straße/Hausnummer

Bitte ausfüllen und einsenden an:
Hermann Sittner, c/o Redaktion elan,
46 Dortmund, Kuckelke 20.

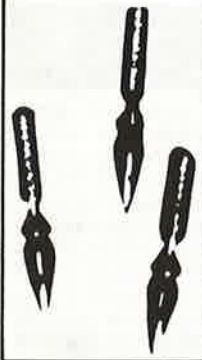
Bisher schlossen sich der Aktion Selbstanzeige u. a. an:

Die Schriftsteller Max von der Grün, Hannes Stütz und Hanns-Dieter Hüsch; Hans A. Nickel, Verleger der Zeitschriften „Pardon“ und „DM“; Dieter Süverkrüp, Chansonnier; Horst Stuckmann, Pfarrer; Herbert Lederer, Gerichtsreferendar; Bernhard Jendrejewski, Journalist; K. D. Wolff, Bundesvorsitzender des SDS; die Betriebsjugendvertreter Hilmar Pyttel (Zeche Hansa, Dortmund) und Dieter Egner (Farbwerke Höchst); Professor Pfister; George Reymond, Publizist; H. M. Vogel, Bundesvorsitzender der IDK; Robert Neu, Vorsitzender der Jungdemokraten, Mülheim; Gerhard Peterson, SDS-Vorsitzender Dortmund; Reiner Rowald, Student; Hermann Sittner, Redakteur; Werner Hilke, Vorsitzender der Humanistischen Union Hannover.

Was halten Sie vom

Krieg in Vietnam?

	Herbert Knapp, Betriebsratsvorsitzender	Hilmar Pyttel, Betriebsjugendleiter	Dieter Süverkrüp, Chansonnier		Hannes Stütz, Schriftsteller	Günter Verheugen, Jungdemokraten, Chefredakteur	D. Martin Niemöller, Weltkirchenratspräsident
Welchen Charakter hat der Krieg, den die Amerikaner in Vietnam führen?	Er ist sehr vielschichtig. Zu Anfang war es ein reiner Kolonialkrieg, er wurde zum Experimentierfeld für Menschenvernichtungswaffen, er ist heute ein Vernichtungskrieg mit dem Ziel, ein ganzes Volk zu liquidieren.	Ich bin nicht der Meinung, daß dort die Freiheit des vietnamesischen Volkes verteidigt wird. Nach diesem Krieg wird niemand mehr da sein, dessen Freiheit man verteidigt hat. Dieser Krieg dient vielmehr dazu, den Leuten in USA, die an der Rüstung verdienen, die Geldbeutel zu füllen.	Wenn ein kleiner Mann, der durch eine Gang „beschützt“ und ausgebeutet wird, sich gegen die Gang auflehnt, dann läßt der Gangsterboß diesen kleinen Mann kaltblütig zusammenschlagen, um die anderen kleinen Leute, die ebenso von der Gang loskommen wollen, zu warnen. Wenn es den amerikanischen Militärs nicht gelingt, den Vietnam-Krieg zu gewinnen, werden die Emanzipationsbestrebungen in der „Dritten Welt“ ungeheuren psychologischen Auftrieb bekommen.	Der Krieg in Vietnam hat menschlich gesehen den Charakter eines barbarischen Ausrottungskrieges, völkerrechtlich den Charakter eines Aggressionskrieges, historisch den Charakter eines imperialistischen Krieges.	Die Staaten haben Regeln entwickelt, die gelegentlich einen Krieg als völkerrechtlich gerechtfertigt erscheinen lassen und die Grausamkeit der Kriegsführung etwas mildern sollen. Die Amerikaner können sich in Vietnam noch nicht einmal auf diese Regeln berufen, ebenso wenig können sie sich auf die Verteidigung der westlichen Freiheit als Begründung für ihr Handeln stützen.	Daß die Regierung der USA in Vietnam einen organisierten Massenmord betreibt, ist für mein persönliches Urteil nicht die geringste Frage. Wenn man der amerikanischen Schönfärberei bis vor einigen Monaten noch mit einigem Wohlwollen glaubend abnehmen konnte, daß Amerika in Vietnam für die „Freiheit“ dieses Volkes kämpfe, dann ist davon nach den jüngsten Ereignissen überhaupt nichts mehr übrig geblieben. Der amerikanischen Kriegsführung geht es nicht um den Schutz und die Freiheit des vietnamesischen Volkes; sonst würde man nicht dieselbe Bevölkerung, die man bis gestern zu schützen vorgab, heute, weil die andere Seite militärisch ihr Herr geworden ist, mit Sprengbomben, Kartätschenbomben und Napalmbomben aufs grausamste und unmenschlichste vernichten, sondern sich auf den Kampf gegen das siegreiche gegnerische Militär beschränken. Was heute geschieht (und was übrigens auch gestern und vorgestern bereits geschah), das ist reiner Völkermord, der sich ja auch nicht einmal mehr des Feigenblattes „Völkerrecht“ bedienen zu brauchen meint.	
Die amerikanische Kriegsführung hat Präsident Johnson zu verantworten. Kann Johnson deshalb letztlich „Mörder“ genannt werden?	Wer sich das Foto ansieht, auf dem der Polizeichef von Saigon einen gefangenen Befreiungskämpfer erschießt, dem fällt das Urteil leicht. Ein Präsident, der eine Regierung stützt, in deren Reihen der kaltblütige Mord erlaubt ist, macht sich des Kriegsverbrechens mitschuldig. Ziehe ich Vergleiche zu den Untaten des 3. Reiches und denke dann an die heute in Vietnam mit Napalm verbrannten Mütter und Kinder, so ist die Bezeichnung „Mörder“ kaum vermeidbar.	Ja, da durch seine Politik Menschen umgebracht werden.	Der amerikanische Präsident hat niemals einen Vietcong eigenhändig getötet. Aber der amerikanische Vietnamkrieg ist im Sinne des Völkerrechtes ein Überfall. — Seit dem Auschwitz-Prozeß kennt man die Vokabel „Schreibtischmörder“.	Kann Johnson als „Mörder“ bezeichnet werden? Schon — präziser wäre allerdings „Massenmörder“. Dazu ein Zitat aus der Anklageschrift des Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg: „Diese Personen ... übten ... politische Gewalt und Funktionen allerersten Ordnung ... aus. Demgemäß trifft sie die Verantwortung für die von der Regierung beschlossene und verfolgte Politik, auch soweit sie sich bezieht ... auf die ... in ... der Anklage erwähnten Verbrechen.“	Man macht es sich zu einfach, wenn man hier mit einem Begriff aus dem Strafrecht operiert. Wir stehen vor der Tatsache, daß der mächtigste Mann der westlichen Welt ein säkularer Versager ist. Das Problem ist: wie kann man eine abgewirtschaftete Politik ändern, die die Möglichkeit zu so grauenhaften Fehlentscheidungen geschaffen hat?	Ich kenne Herrn Johnson persönlich nicht. Daß er, der ja für das amerikanische Vorgehen in Vietnam heute die alleinige Verantwortung trägt, in die Geschichte als der Mörder des vietnamesischen Volkes eingeht, ist m. E. nicht zu bezweifeln. Das ungelöste Rätsel bleibt aber, ob er dafür wirklich die alleinige Verantwortung trägt und zu tragen gewillt ist, oder ob er nur das ausführende Organ von Kräften ist, die hinter den Kulissen manipulieren. Wenn ich auch seit 1946 achtundzwanzigmal in den USA gewesen bin, so wage ich doch nicht, in dieser Hinsicht eine definitive Stellung zu beziehen: ich habe viel Anlaß anzunehmen, daß die Kriegspolitik der USA — vor allen Dingen seit ein gewisser Herr Dulles diese Politik übernommen und geleitet hat — von übermächtigen Kreisen der Wirtschaft und der Industrie bestimmt wird.	
Würden Sie die gegenwärtige Haltung der Bundesregierung zum Vietnamkrieg als Komplizenschaft mit den USA bezeichnen? Und welche Haltung sollte die Bundesregierung einnehmen?	Solange wir Deutschen die USA mit der Übernahme der Stationierungskosten, durch Devisenhilfe sowie moralisch unterstützen, sind wir beteiligt in dieser Auseinandersetzung. Die in der Öffentlichkeit bekannt gewordene Unterstützung der USA durch die Bundesregierung muß eingestellt werden.	Wenn man stillschweigende Duldung als Komplizenschaft auslegen kann: ja. Die Bundesregierung muß sich eindeutig von diesem schmutzigen Krieg distanzieren.	Dieser Musterkrieg gegen die Revolutionen der unterentwickelten Länder wird vom kapitalistischen Amerika im Interesse des gesamten Kapitalismus geführt. Wie könnte die Bundesrepublik dagegen sein?	Ja. Das ist Komplizenschaft. Unsere Regierung muß sich zumindest von der US-Politik distanzieren. Ein Engagement für Recht und Freiheit des vietnamesischen Volkes ist von unserem reaktionären Haufen ja wohl kaum zu erwarten.	Komplicenschaft — nein. Moralisches Fehlverhalten — ja. Die Regierung eines Volkes, das wie kein anderes wissen mußte, was für ein Verbrechen jeder Krieg ist, darf sich durch Schweigen oder gar zustimmende Äußerungen nicht mitschuldig machen. Sie mußte alles tun, um ein verbündetes Land wie die USA von seinem Irrweg abzubringen.		
Welche Mittel sollten in der Bundesrepublik angewandt werden, um a) die Bundesregierung zur Aufgabe ihrer Unterstützung des US-Krieges in Vietnam zu zwingen, und um b) zu erreichen, daß die Amerikaner ihren Ausrottungskrieg in Vietnam einstellen?	Die Bundesregierung muß aufgefordert werden, eine glaubhafte Friedenspolitik zu machen. Ein erster deutlicher Schritt dazu wäre jede Unterstützung für die USA zu streichen. Da im Moment die parlamentarische Opposition zu schwach ist, ist es notwendig, die außerparlamentarische Opposition zu mobilisieren.	Indem man die Bundesregierung durch Demonstrationen, Petitionen und Kundgebungen dazu bringt, sich von diesem Krieg zu distanzieren und bei der verbündeten Regierung in Washington dahin zu wirken, den Krieg unverzüglich einzustellen.	Das einzige Mittel ist der „Druck von unten“. Dazu müssen unsere Mitbürger ausreichend informiert, zum größten Teil überhaupt auf den wahren Charakter dieses Krieges aufmerksam gemacht werden — mit allen Mitteln! Der Druck von unten wird sehr stark sein müssen, wenn etwas erreicht werden soll.	1. Demonstrationen, Diskussionen, Aufklärung, zur rechten Zeit an die richtige Stelle Eier, Tomaten, Tinte, Erzwungung einer Parlamentsdebatte über den Vietnamkrieg 2. Wir können nicht erreichen, daß die Amerikaner den Krieg einstellen. Was wir können, ist a) unsere Regierung zu zwingen, weder diplomatische, noch wirtschaftliche, noch militärische Hilfe zu leisten; b) die inneramerikanische Opposition, das andere Amerika, zu unterstützen, und c) Partei zu ergreifen für die Befreiungsbewegung Südvietnams und für die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen anderer Länder.	Man muß eine andere Bundesregierung herbeiführen, von der man weiß, daß sie diesen Krieg nicht unterstützt. Dazu wäre eine Änderung unseres Parteiensystems nötig, die nach meiner Meinung nur zu erreichen ist, indem man die bestehenden Parteien von innen reformiert. Ohne eine neue Regierung und ein anderes zusammengesetztes Parlament können alle Aktionen nur dazu dienen, das eigene Gewissen zu beruhigen.		
In welcher Weise engagieren Sie selbst sich für die Beendigung des US-Krieges in Vietnam?	Meine Aufgaben sehe ich in der Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung. Meine Beteiligung an Kundgebungen, Demonstrationen und Spendensammlungen usw. ist mein Protest gegen den Krieg in Vietnam und zu gleicher Zeit eine Herausforderung an die verschlafenen Demokraten.	Ich beteilige mich an den Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg und versuche, meine Kollegen vom verbrecherischen Charakter dieses Krieges zu überzeugen.	Ich selbst kämpfe mit meinen Liedern — so gut ich kann — gegen diesen Krieg und für die Solidarität mit der vietnamesischen Befreiungsfront.	Durch Lieder, Vorträge, Teilnahme an Demonstrationen und Veranstaltungen, Unterschriftensammlungen, Geldspenden.	Meine politische und journalistische Arbeit hat den Zweck, an der Schaffung einer wirklich demokratischen Gesellschaft mitzuwirken — einer Gesellschaft, deren politische Organisationen die Erhaltung des Friedens als oberste Maxime ihres Handelns anerkennen. Ich bin hier einig mit meinen Freunden bei den Jungdemokraten und den liberalen Studenten. Immerhin haben wir beim letzten Parteitag der FDP erreicht, daß es im Bundestag in Kürze eine Vietnam-Debatte geben wird.		
Gegen e l a n läuft z. Zt. ein Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes, weil wir Präsident Johnson einen Mörder genannt haben. Wie denken Sie persönlich über diese Auseinandersetzung?	Das Ermittlungsverfahren gegen e l a n festigt in mir den Verdacht, daß die Mauschellen-Politik immer mehr forciert wird. Im Interesse der Demokratie begrüße ich den Mut der Jugend. Es scheint mir unverantwortlich zu sein, mit Drohungen die Wahrheit zu unterbinden.	Ich habe mich sofort an der Aktion Selbstanzeige beteiligt.	Auch ein solcher Prozeß kann helfen, die Leute darauf aufmerksam zu machen, daß dieser Krieg verbrecherisch ist wie die Politik, die er „fortsetzt“. Dazu freilich muß die Diskussion die sich entwickeln wird, eine grundsätzlich politische Diskussion sein.	Ich fordere die Leser von e l a n auf, sich dieser Selbstanzeigenaktion anzuschließen. Durch sie wird der Justizapparat gezwungen, sich mit dem moralischen Urteil vieler Bundesbürger über Johnsons Vietnam-Politik (Johnson-Mörder) auseinanderzusetzen. Das kann den Weg zur Parlamentsdebatte verkürzen.	In Ihrem Fall kollidiert das Grundrecht der Meinungsfreiheit mit einem überaus zweifelhaften Paragraphen unserer Strafgesetze. Es ist für mich keine Frage, daß die Meinungsfreiheit ein höherrangiges Rechtsgut ist als der Schutz der überaus zweifelhaften Ehre eines ausländischen Staatsoberhauptes.		



Briefe

Solidarisch mit ...

Hiermit schicke ich 5,— DM für die Freiheitskämpfer in Vietnam.
H. KUMLER, Braunschweig

Als Mitglied des Bertrand Russell Tribunals (International War Crimes Tribunal) gehöre ich zu den Unterzeichnern der Schlußerklärung in Roskilde, Dänemark, am 1. 12. 1967. Es wurde dort, nach 12tägigem Zeugen- und Sachverständigenverhör erklärt, daß die Regierung der USA des Völkermordes in Vietnam schuldig ist.

Nicht nur die Zeugen aus Nord- und Südvietnam, nicht nur die intrnationale Untersuchungskommission, die das Beweismaterial in Vietnam sammelten, nicht nur die Wissenschaftler, die das Material analysierten, sondern auch Zeugen aus den Vereinigten Staaten selbst, Juristen, Historiker und ehemalige Angehörige der US-Streitkräfte, kennzeichneten die Handlungen der USA in Vietnam als Kriegsverbrechen.

Das Tribunal klagte die Regierung der USA der gleichen Handlungen an, für die die deutschen Kriegsverbrecher in Nürnberg verurteilt wurden.

PETER WEISS, Stockholm

Dem Ausgang des Ermittlungsverfahrens gegen elan darf man mit Spannung entgegensehen. Ich beglückwünsche Sie dazu, auf diese Weise erreicht zu haben, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf den Völkermord in Vietnam gelenkt zu haben. Mit der Unterschrift unter dem Johnson-Bild haben Sie ganz einfach die richtige Frage in Ihren Lesern erweckt: Wer ist eigentlich ein Mörder? Derjenige, der befehlsgemäß schießen und Bomben werfen muß, oder derjenige, der den Befehl dazu gibt? Ich möchte nicht der Untersuchungsrichter sein, der das Ermittlungsverfahren gegen elan leitet. Ich würde wahrscheinlich den Dienst zu quittieren haben, weil ich mich weigern würde, eine solche Aufgabe durchzuführen.

PROF. DR.
RENATE RIEMECK

Die Aggression der größten Militärmacht dieser Erde gegen ein kleines Bauernvolk, das sich von Feudalismus und sozialer Knechtschaft befreien möchte, kann man nicht als Krieg, sondern nur als Völkermord bezeich-

nen. Dieselben Verbrechen gegen die Menschlichkeit, welche von amerikanischen Richtern im Nürnberger Prozeß mit Recht verurteilt wurden, werden heute von den USA begangen, die sich Hitlerscher Ausrottungsmethoden bedienen. Den Beweis dafür hat das Russell-Tribunal erbracht, mit dessen Geist und Zielsetzung ich mich solidarisch erkläre.
HEINRICH SCHIRMBECK, Darmstadt

Besessen von einem primitiven, mit verlogener Schwarzmalerei arbeitenden Antikommunismus, duldet, ja verursacht der Präsident der USA in einem kleinen ganz fernliegenden Volk unmenschliche Grausamkeiten und ist verantwortlich für das qualvolle Sterben von vielen Hunderttausenden, zum großen Teil am Kriege unmittelbar nicht beteiligter Menschen, gibt sie auch durch Vergiftung und Vernichtung der Ernten dem grausamen Hungertode preis. Unerhört und empörend ist es, wie unsere Regierung dem Präsidenten Johnson für sein unmenschliches Unternehmen Erfolg gewünscht und behauptet hat, unser Volk stände hinter ihm.

MIDDENDORF, Kirchenpräsident i. R.

Darf man Hitler nicht mehr „Mörder“ nennen? Darf man Eichmann nicht mehr „Mörder“ nennen? Darf man Johnson nicht mehr „Mörder“ nennen? Hitler und Eichmann sind tot. Sie Mörder zu nennen ist strafflos. Johnson lebt heute uner uns. Er will nicht Mörder genannt sein. Weiß Johnson nicht, daß er morder? Dann sagt es ihm, nennt ihn Mörder! Will Johnson nicht Mörder genannt sein? Dann soll er nicht weitermorden! Er macht aber weiter. Er begeht Völkermord. Er ist ein Mörder. Ihm muß Einhalt geboten werden, sonst morder er noch alle ...
HERBERT GÜNNEBERG, Pfarrer, Essen

Die letzte Seite der Januar-Ausgabe des elan regte natürlich auch unsere Mitglieder zur Diskussion an. Das Ergebnis: der größte Teil hat die Selbstanzeige unterschrieben und erklärt sich mit allen solidarisch, die diesen Krieg ablehnen und Präsident Johnson einen Mörder nennen.
CLUB INDEPENDENT, Dortmund

Wir fragen uns, wie es möglich ist, daß die Lüge in diesem Staat ungehindert ver-

breitet werden kann, gegen die Wahrheit jedoch Strafanzeige erstattet wird. Der Springer-Presse, dem mächtigsten Zeitungskonzern in der Bundesrepublik, ist es erlaubt, den barbarischen Krieg in Vietnam mit dem heuchlerischen Argument, hier werde die Freiheit verteidigt, zu rechtfertigen. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß ein Mann wie L. B. Johnson, unter dessen Schirmherrschaft ein mörderischer Unterdrückungskrieg gegen das vietnamesische Volk geführt wird, ein Mörder ist.
CLUB EGALITE, Frankfurt a/M

Der Massenmord, der täglich unter Johnsons Führung an dem vietnamesischen Volk begangen wird, muß auch bei uns in der BRD von der Öffentlichkeit scharf verurteilt werden. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, sich nicht länger mit dem Verbrechen der USA in Vietnam zu indifferenzieren. Wir fordern von der Bundesregierung, Präsident Johnson zur Beendigung dieses schmutzigen Krieges zu zwingen.
DEMOKRATISCHES FORUM
BAD KREUZNACH

Hiermit übersenden wir Ihnen 21 Selbstanzeigen. Wir wünschen Ihnen auf alle Fälle viel Erfolg.
CLUB INTERNATIONAL, Essen

Befreiungsfront ...

Die von den Alliierten im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß aufgestellten Normen müssen auch auf LBJ, seine Militärs und auf die Hintermänner des Kapitals Anwendung finden. Es bedarf keiner komplizierten juristischen Konstruktion, um Johnson in die Kategorie der „Schreibtischmörder“ á la Eichmann einzuordnen.
CLUB LIBERTE

Wenn ein Krieg nur deshalb geführt wird, um den Sozialismus in seinem Siegeszug aufzuhalten, wenn darum Menschen sterben müssen, die diesen Sozialismus wollen, wenn dort die abscheulichsten Verbrechen von amerikanischen Soldaten begangen werden, dann ist der Ausdruck Mörder noch viel zu human für einen Mann, der dafür verantwortlich ist, der sich dafür hergibt, die Interessen des Monopolkapitals auf Kosten von Menschenleben zu vertreten.
SOZIALISTISCHER JUGENDCLUB, Koblenz

Ich stehe natürlich auf Ihrer Seite, wenngleich ich Johnson & Hintermänner „lediglich“ der fahrlässigen Tötung beschuldigen würde. Aber ich verstehe und billige, daß Sie eine brisantere polemisch übersteigerte Formulierung wählen mußten, um bei politischen Desinteressierten Mißtrauen und Abscheu gegen diesen Krieg zu wecken.
REINHARD MERKER, Dortmund

Da von den amerikanischen Senatoren Rich. Russell und Josef Clark errechnet wurde, daß ein toter Vietcong den amerikanischen Steuerzahler 1,2 bis 1,4 Millionen Mark kostet, habe ich am 20. d. Mts. an führende Persönlichkeiten der außerparlamentarischen Opposition zum Steuerstreik aufgerufen. Wer gewillt ist, sich an dem Streik zu beteiligen, kann bei mir über die Verhaltensweise informiert werden, denn ich zahle schon seit 1962 keine Steuern mehr.
R. BRAAS, 6341 Manderbach

Als ich heute in der neuen Ausgabe Ihrer Zeitschrift den Bericht von Karl Hubert Reichel gelesen habe, war ich schockiert über das Benehmen dieses gewissen Herrn Pfeifer. Denn solange wir in einer Demokratie leben, wie man hier so schön sagt, so lange muß auch das Recht auf freie Meinungsäußerung gewährleistet sein. Sonst wird nämlich die Demokratie zur Diktatur! Da ich Schülerin bin, kann ich dem elan leider keinen großen Geldbetrag überweisen, ich werde mich aber bemühen, Abonnenten zu werben.
RUTH KIPP, Münster

Als eifriger Leser Ihrer Zeitung möchte ich meine Bewunderung über Ihren Mut zum Ausdruck bringen. Mit Recht bezichtigen Sie den Präsidenten der USA, ein Mörder zu sein. Leider beweist das angestrebte Verfahren gegen Ihre Zeitung wiederum, wie weit man sich in der Bundesrepublik mit diesem, alle Menschenrechte verletzenden Krieg in Vietnam solidarisch erklärt. Als eine erste Unterstützung für den elan hier zwei neue Leser. In der Hoffnung, Ihnen geholfen zu haben, verbleibt Ihr Leser
HERBERT POICK, Eschweiler

Zu allen Zeiten haben die Mächtigen ihre Verbrechen legalisiert und sie — wenigstens so weit wir dies übersehen können — ungestraft

begangen. Nur an uns fortgeschrittenen liegt, wie wir es in Nürnberg mit großer Genugtuung miterlebten, für Völkermord und Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen. Der Krieg an sich und besonders die Art, wie ihn die Amerikaner in Vietnam führen, ist Mord und ein unerhörtes Verbrechen. Mr. L. B. Johnson, der diese Verbrechen befiehlt, muß mit Recht, auch wenn er „nur“ am Schreibtisch sitzt und persönlich niemanden tötet, ein Mörder genannt werden.
MICHAEL METZNER, Hagen

...und elan

Wieder einmal wurde von der politischen Justiz der Versuch unternommen, eine der wenigen Pressestimmen einzuschüchtern, die sich noch nicht der weitverbreiteten „freiwilligen Selbstkontrolle“ unterworfen haben. Indem hier mit formaljuristischen Argumenten gegen eine mißliebige Meinung vorgegangen und der politischen Diskussion ausgewichen wird, verstößt die Staatsanwaltschaft meiner Meinung nach gegen Artikel 5.1 GG. Da das in Artikel 5.1 GG garantierte „Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten“ seine Grenzen in den materiellen Möglichkeiten des einzelnen Bürgers findet, fühle ich mich direkt durch die Anzeige von Herrn Pfeifer betroffen und schließe mich deshalb der Selbstanzeigen-Aktion an.
VOLKER JANSEN, Rottenburg

Wer tötet oder zum Mord auffordert oder unter dessen Patronat Morde stattfinden, wird nach eindeutiger sprachlicher Übereinkunft in Deutschland Mörder genannt.

Warum sollten Sie in einer Karikatur nicht den Chef einer der erbarmungslosesten Mordbrennerhorden, nämlich der heutigen amerikanischen Armee in Vietnam, Mörder nennen?
ROBERT WOLFGANG SCHNELL, Berlin

Verlieren Sie nicht den Mut, die Wahrheit zu sagen und weiterhin zu veröffentlichen! Lassen Sie sich nicht einschüchtern, trotz der Versuche, auf diese Weise Ihre Redaktion lahmzulegen! Was sich hier abspielt, sind die bekannten Querschüsse des „politischen Establishment“, wachsende Oppositionsbewegung in der BRD zu bekämpfen.
ERNST VON DER DICK, Aachen

Krieg, Eskalation und Provokation sprechen nicht für die freiheitlichen Begriffe Amerikas. Ich unterstelle dem amerikanischen Volk aber nicht, einen Krieg zu wünschen. Vielmehr klage ich Präsident Johnson sowie sein Pentagon des Kriegsverbrechens an.
Nur an uns fortschrittlichen und friedliebenden Menschen wird es liegen, durch Aktionen, Demonstrationen und materielle Hilfe dem vietnamesischen Volke zu helfen.
HANS FUCHS, Gelsenkirchen- Buer

Ein Staatsmann, der seine Untergebenen zwingt in ein fremdes Land mit Waffen einzufallen und schreckliche Bombardierungen vorzunehmen, ganze Städte mit Zivilisten zu vernichten, muß unter Mordanklage gestellt werden. In diesem Falle ist es der Präsident Mr. Johnson und seine Wallstreet-Bosse. In unserem Falle vor 29 Jahren war es Hitler mit seinem Industrieklub. Beide, Johnson und seinerzeit Hitler, führten bzw. führen weit von ihrem Lande entfernt Völkermord durch. Es ist Geschäftemachen durch Völkermord. Beiden, Hitler und Johnson nahm und nimmt man es nicht ab, wenn sie von „bolschewistischer Bedrohung“ sprechen. Das ist „Haltet-den-Dieb-Politik“!
KARL JURGSCHAT, Essen

„Bild“- Wörterbuch ?

ELAN 2'68: „Leserbriefe“. Uwe Schomann beteiligte sich an der Diskussion um die Wiederzulassung der KPD und lehnte sie ab.

Ich möchte mich hiermit zu der Zuschrift des Herrn Uwe Schomann aus Hamburg äußern, der nach meiner Meinung sich die Bild-Zeitung als Wörterbuch ausgesucht hat. Die Kommunisten der Bundesrepublik stellen sich ihre Arbeit als legale Partei genau so vor, wie es das Grundgesetz verlangt. Sie gehören heute zu den bedingungslosen Verteidigern des Grundgesetzes, während die Bundesregierung wesentliche und wichtige Teile unseres Grundgesetzes durch Notstandsgesetze außer Kraft setzen will. Auch an einen Import verschiedener Zustände aus der DDR ist nicht gedacht. Eine wieder zugelassene KPD wäre eine unabhängige, bundesdeutsche Partei, die ihre Politik in eigener Verantwortung durch demokratische Willensbildung ihrer

Mitglieder festlegen würde. Auch die Behauptung, in der DDR würde nicht frei gewählt, ist wahrscheinlich ihrer Phantasie entsprungen, und ein Zeichen Ihrer schlechten Information. Oder halten Sie die Bürger der DDR für Dummköpfe, die wählen gehen, wenn sie vorher schon wissen, wer in die Regierung kommt. Überall mehrten sich die Stimmen für die Anerkennung der DDR. Z. B. in der SPD, den Gewerkschaften, auch in der FDP und CDU. Verhandeln will unsere Regierung nicht, denn wer verhandeln will, muß anerkennen.
ALWIN BONNE, Krefeld

„Verteidigungsangriff“

ELAN 2'68: „Tagebuch des Rekruten X“. Rekrut Reihard Junge beschrieb seine 270-Tage-Erkenntnisse aus der Bundeswehr.

Mit diesem Bericht hat elan es wieder einmal deutlich gemacht, mit welchen Mitteln der Kapitalismus in der BRD versucht, dem ohnehin auf ein geistiges Minimum gehaltenen Durchschnittsbürger den Krieg — nach israelischem Beispiel — schmackhaft zu machen, um so einen „Verteidigungsangriff“ gegen den Osten starten zu können. Denn daß es früher oder später darauf hinausgeht, zeigt ja schon der Alleinvertretungsanspruch, der ganz klar territoriale Ansprüche ausdrückt.
JOCHEN FREISE, Kohlscheid

Zunder für MdB's

Zu einem Drei-Tage-Seminar über Wiedervereinigungspolitik trafen sich Bayreuther Gymnasiasten mit Bundestagsabgeordneten.

Im Schloß Schney, einem kleinen Ort zwischen Bamberg und Coburg in Oberfranken, diskutierten 35 Gymnasiasten aus Bayreuth mit Politikern darüber, ob die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu einer Utopie geworden sei. Auf heftigen Widerstand bei den Schülern stieß Regierungsdirektor Kurt Goebel, als er die Bonner These verfocht, auch in Zukunft die DDR nicht anzuerkennen. Hilfestellung leistete ihm CSU-Schlee, während SPD-MdB Hauffe erklärte, daß er zwar die Politik der SPD-Minister unterstütze, aber gegen den Eintritt der SPD in die Regierung Kiesinger-Strauß sei. Drei Tage dauerte das Seminar und zum Abschluß führte Oberstudienrat Pokorny eine kleine

Kursbuch II 1968

Revolution in Lateinamerika

Peter Weiss:
Che Guevara

Imperialismus und kapitalistische Entwicklung in Lateinamerika

Der bewaffnete Aufstand

Internationaler Kontext: China, Kuba, Vietnam

Interview mit Douglas Bravo

Fidel Castro: Rede vom 13. Mai 1967

Antwort der Kommunistischen Partei Venezuelas

Dossier: Lateinamerikanische Annalen

Hans Magnus Enzensberger: Berliner Gemeinplätze

Suhrkamp

**Weltkreisverlag GmbH.,
6 Frankfurt/M.
Robert-Mayer-Str. 50**

Umfrage durch. Hier die Ergebnisse: Von den 35 Schülerinnen und Schülern sprachen sich 33 für eine Anerkennung der DDR aus. Für sofortige direkte Verhandlungen mit der DDR waren 29 Gymnasiasten und für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie sogar 34.

Sozialistische Konferenz und Fernseh-„Report“

Am 3. 2. 1968 fand in Offenbach/Main die Sozialistische Februar-konferenz statt. Am 5. 2. brachte „Report München“ darüber einen Beitrag.

Der Sprecher einer solchen Sendung sollte sich vorher allerdings mit dem Inhalt einer solchen Konferenz als auch mit dem der Bewegung überhaupt, auseinandersetzen. Dann würde es nämlich nicht passieren, den Teilnehmern dieser trotz Mängel einzigartigen Konferenz vorzuwerfen, sie bewegten sich in alten Bahnen. Die „alten Bahnen“ an der Ausdrucksweise von Rednern und Teilnehmern festzustellen, zeigt diese mangelnde Auseinandersetzung. Wenn auf dieser Konferenz von Monopolkapitalismus, Imperialismus, Arbeiterklasse usw. gesprochen wurde (an diesen und

anderen Worten stieß sich Hans Heigert), so doch nur darum, weil der Inhalt dieser Begriffe noch genauso aktuell, wenn nicht noch aktueller, als vor 20, 50 und noch mehr Jahren ist. Der Gegner der Arbeiterbewegung ist nach wie vor der gleiche. Dieser versteht es, mit immer neuen Begriffen den ALTEN Inhalt aufzupolieren. Damit gelingt es ihm, besonders in der Arbeiterklasse, Verwirrung zu stiften. (Soziale Symmetrie, Sozialpartnerschaft u. a. als Beispiel.) Sollten sich auch die Sozialisten auf diesen u. U. Teilerfolge bringenden Weg begeben? Die Verneinung dieser Frage ist für mich selbstverständlich. Sie aber schließt nicht aus, daß sich eine Reihe von sozialistischen Publizisten und Rednern bemühen sollten, in allgemeinverständlichen Worten zu sprechen. Allgemeines Verstehen und niederes Niveau sind nicht identisch. KLAUS NEUMANN, Hamburg

ren für unsere Demokratie heraufbeschwört. Vor allem erschüttert es mich als Gewerkschaftsvertreter, daß die SPD selbst der bisher befreundeten Gewerkschaft kein Gehör schenkt. Schon einmal waren unter anderen die Gewerkschaften, die sich gegen eine Notstandsgesetzgebung aussprachen, nämlich unter Hitler! Heute ist es nicht anders. Aber vor allem die junge Generation wird schon der SPD, die es verhindern kann, daß die Notstandsgesetze eingeführt werden, eine richtige Quittung bei der Wahl erteilen! Statt etwas zur Entspannung der ersten Lage in der Welt beizutragen, verschärfen westdeutsche Politiker die Situation. Wer kann zu solch einer Regierung noch echtes Vertrauen haben?

HEINZ MÜHRMANN, Altena

Quittung bei der Wahl?

ELAN 12/67: „Das neue Notstands-ABC“. Karl Hubert Reichel informierte ausführlich über den neuesten Stand der Notstandsgesetze.

Heute ist es nun soweit, die SPD zeigt ihr wahres Gesicht, indem auch sie durch die Verabschiedung der Notstandsgesetze ernste Gefah-

SPRINGER-DOKUMENTATION
Die in unserer Ausgabe Nr. 1/68
besprochene Dokumentation „Axel
Springer als 'Erzieher der Ju-
gend'“ (über die Situation der Ju-
gendpresse) kann beim Autor Ul-
rich Sander, 62 Wiesbaden, Rhein-
str. 104, Tel. 30 25 41, zum Preis
von DM 4,- bezogen werden.
Redaktion e l a n

BEILAGENHINWEIS
Einem Teil unserer Auflage liegt ein Aufruf des „Gründungsausschusses für eine revolutionäre sozialistische Jugendorganisation“ bei. Wir bitten um Beachtung.
Redaktion e.l.a.n

Bestellschein:

Weltkreisverlags - GmbH.,
6000 Frankfurt/Main,
Robert-Mayer-Straße 50

Ich bestelle für 1 Jahr bis
auf Widerruf e l a n —
Magazin für junge Leute, zum
Abo-Vorzugspreis von DM 10,—,
zuzüglich Zustellgebühr:

Name: _____

Alter: _____

Vorname: _____

Wohnort: _____

Beruf: _____

Straße / Nr.: _____

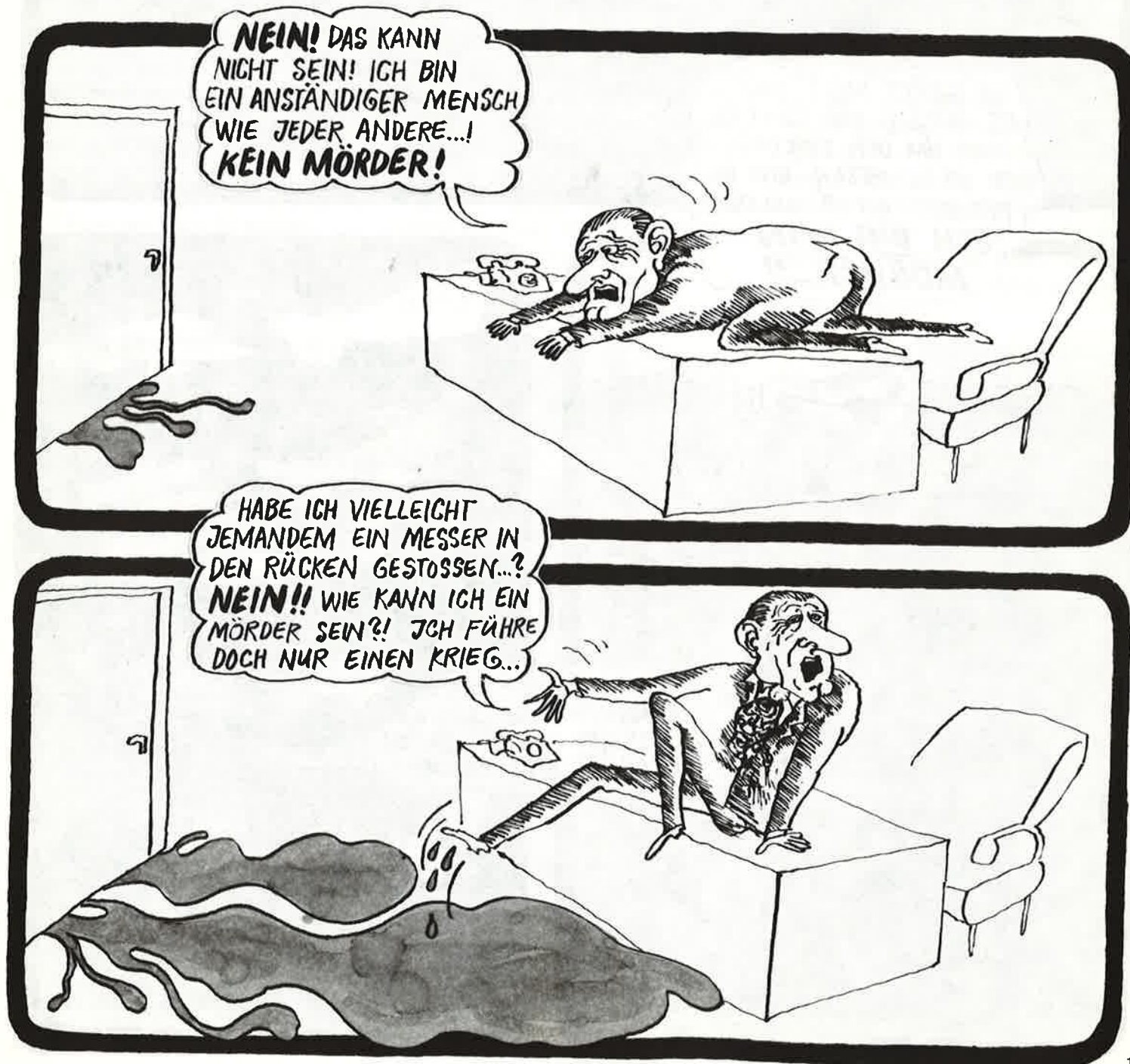
Unterschrift: _____

AR No PC006:

★★★★★Johnson★★★★★

exklusiv:

**EXKLUSSIV:
„Warum ich kein
Mörder bin“**





KPD

Partner für Demokraten

In einer Pressekonferenz in Frankfurt/Main übergaben Mitglieder der Parteiführung den Vertretern der In- und Auslands- presse den Entwurf des neuen KPD-Parteiprogramms. Und so- fort kam es zum Skandal. Die Pressekonferenz wurde schon vor Beginn auf Weisung von Bundesinnenminister

Lücke verboten, die promi- nenten Kommunisten Herbert Mies und Max Schäfer verhaftet. 24 Stunden später mußten bei- de wieder freigelassen werden. Nach weiteren 24 Stunden ge- lang es uns, mit Herbert Mies ein Gespräch zu führen. Über das für und wider des KPD-Verbots ist im e lan oft

diskutiert worden. Es ist Tat- sache, daß dieses Verbot für unsere Demokratie unerträglich geworden ist. Wie die Bundes- regierung zu ihrer Äußerung steht, die Kommunisten könnten ihre Partei wieder gründen, wenn sie nur wollten, wurde erst jetzt wieder eindrucksvoll kommentiert.



Pressekonferenz in Frankfurt/Main



Herbert Mies (39 Jahre alt) ist Mannheimer. Als Sohn kommunistischer Eltern besuchte er die Volksschule und eine Lehrerbildungs-Anstalt. 1944 wurde er von den Nazis der Schule verwiesen. Nach 1945 wurde Mies Mitglied der Gewerkschaft, der FDJ und der KPD. Er war Mitglied des Zentralbüros der 1952 verbotenen FDJ der Bundesrepublik. 1950 inhaftiert und 1951 unter Anklage gestellt. Auf einer Pressekonferenz stellte sich Mies als Mitglied des Zentralkomitees und Kandidat des Politbüros der KPD vor. Er ist verheiratet und hat drei Kinder.

elan: Herr Mies, Sie haben als Mitglied der Parteiführung der Kommunistischen Partei Deutschlands gemeinsam mit Ihren Genossen Max Schäfer und Grete Thiele auf einer von der Polizei verbotenen Pressekonferenz in Frankfurt/M. den Entwurf eines KPD-Parteiprogramms der Öffentlichkeit unterbreitet. Ist es nicht ungewöhnlich, daß eine Partei der gesamten Bevölkerung ihr Parteiprogramm zur Diskussion stellt. Ist es nicht ungewöhnlich, wenn dies eine illegale Partei macht?

Herbert Mies: Was für die CDU und auch für die SPD-Führung ungewöhnlich wäre, ist für uns, die KPD, durchaus normal. Wir verstehen uns als die sozialistische und demokratische Partei der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes der Bundesrepublik. Für eine solche Partei ist es selbstverständlich, ihren Programm

rechtigkeiten im politischen und gesellschaftlichen Leben rebellieren. Sie suchen doch heute nach menschlichen Idealen für die es sich lohnt, zu leben, zu arbeiten und zu kämpfen. In ihrem eigenen Streben nach neuen Idealen dürfte die Jugend im Programmentwurf der KPD viele Anregungen erhalten und vieles finden, was sicherlich ihre Zustimmung erhalten kann.

Jugend hat nicht nur das Recht, sich ihre eigenen Ideale zu setzen und ihre eigenen Forderungen an die Regierung und an die Parteien in diesem Staate anzumelden. Sie hat auch das Recht, ihre Ansprüche in Aktionen geltend, von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch zu machen. Wer das verneint, ist nicht für, sondern gegen den demokratischen Drang der jungen Generation. Wir solidarisieren uns mit den Aktionen der arbeitenden und studierenden Jugend. Wir glauben, daß diese erfolgreich sind, wenn sie die solidarische Unterstützung durch die Arbeiterschaft und aller demokratischen Kräfte unseres Volkes finden.

elan: Der Bundestag hat sich mit den Aktionen der Lehrlinge, Schüler und Studenten beschäftigt und massive Drohungen gegen die Demonstranten ausgesprochen. Ihre Meinung dazu würde uns interessieren.

Herbert Mies: Was soll man dazu sagen? Im Bonner Bundestag wurden massive Drohungen gegen jugendliche Demonstranten ausgesprochen, in Frankfurt wurde gegen eine Pressekonferenz gewaltsam vorgegangen, die Kommunisten Schäfer und Mies verhaftet, und in einigen Städten wurde der Polizeiknüppel gegen Studenten geschwungen. Das alles zur gleichen Zeit, das alles zu dem gleichen Zweck. Die Regierung steuert den Kurs auf die Notstandsdictatur, auf eine Verschärfung der Gewaltpolitik nach innen und außen. Deshalb soll das KPD-Verbot aufrecht erhalten werden, wird studentischen Organisationen mit dem Verbot gedroht, soll das Demonstrationsrecht der Jugend zunichte gemacht werden. Dagegen muß man sich wehren. Die Bundestagsdebatte dürfte ein zusätzlicher Anlaß dafür sein, daß Arbeiter- und Studentenorganisationen noch stärker gegen die beabsichtigte Notstandsgesetzgebung angehen.

elan: Die Jugend ist kritisch geworden. Unbequeme Fragen werden gestellt. Auch an die Kommunisten. Welchen Raum geben Sie und Ihre Freunde diesen Jugendlichen im Disput um das nun vorgelegte Programm Ihrer Partei. Sind Kritik, sind unbequeme Fragen möglich?

Herbert Mies: Wir Kommunisten, denen sich in den letzten Jahren sehr viele Jugendliche angeschlossen haben, wünschen gerade mit der Jugend die Diskussion über den Entwurf des Programms der KPD. Wenn wir das kritische Denken und die Tatkraft des fortschrittlichen Teils der jungen Generation bewundern und fördern, warum sollten wir dann unbequeme Fragen fürchten? Auf offene und ehrliche Fragen werden wir immer offen und ehrlich antworten. So gehört sich das für eine Partei, die meint, auch eine Partei der Jugend zu sein. Junge Arbeiter, Schüler oder Studenten, die sich mit dem Programmentwurf bekanntgemacht haben, in dieser oder jener Frage anderer Meinung sind, und sich kritisch mit uns auseinandersetzen möchten, werden bei den Kommunisten immer die Bereitschaft zum Gespräch und ein offenes Ohr finden. Wir Kommunisten sind nicht nur bemüht, der Jugend zu sagen und zu erklären, was nützt

für eine friedliche, demokratische und fortschrittliche Entwicklung, sondern auch von der Jugend zu lernen, ihre Anregungen zu beherzigen.

elan: Die Parteien haben in der Vergangenheit viel versprochen und nicht gehalten. Parteiprogramme, wie das Ahlener Programm der CDU oder die Parteiprogramme der SPD — sind abgestoßen und ad acta gelegt. Viele Jugendliche glauben den Parteien nichts mehr. Es gibt junge Leute, die vermuten, daß die KPD um den Preis der Legalität willen die weiße Fahne erhoben hat.

Herbert Mies: Was die Bonner Parteien in ihrem Programm dem Volk versprochen haben, das haben sie nicht gehalten. Sie haben aber immer ihr bestes getan, um in der Nachkriegszeit die alten Besitz- und Machtverhältnisse wieder herzustellen und zu verfestigen. Sie haben die Bundesrepublik auf den Weg des gesellschaftlichen Rückschritts, der sozialen Unsicherheit, der abenteuerlichen militärischen Machtpolitik geführt und die Gefahr des Neonazismus heraufbeschworen. Es ist doch daher ganz natürlich, daß viele junge Menschen diesen Parteien und ihren Programmen nicht mehr glauben können.

Wir Kommunisten stellen unsere Politik und Tätigkeit in den Dienst des Volkes und seiner Jugend. Wir versprechen nichts, was wir nicht halten können. Wir können dem arbeitenden Volk und der jungen Generation nur sagen, wie sie aus eigener und in geeinter Kraft ihre Rechte und Forderungen durchsetzen und die Bundesrepublik auf einen neuen Weg führen können.

Die KPD hat auch unter den Bedingungen der Illegalität ihre Politik als die denkbar legalste verstanden, weil sie den Interessen des arbeitenden Volkes und der Jugend entspricht. In ihrem Programmentwurf sagt sie und fordert sie das, was im Interesse der Bundesrepublik gesagt und gefordert werden muß. Wir haben zwar 1945 dafür gesorgt, daß in vielen deutschen Städten die weißen Fahnen gehißt und so der sinnlosen Zerstörung Einhalt geboten wurde. Wir haben aber nie vor dem Großkapital und seinen Regierungen eine weiße Fahne gehißt. Unsere Fahne, das ist die Fahne der streitbaren Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts und das wird sie auch bleiben.

elan: Sie und Ihre Genossen wollen die große Diskussion mit der Jugend, der gesamten Bevölkerung über den Entwurf des Parteiprogrammes führen.

Die KPD ist verboten — Kreisbüros existieren nicht, und an den Kiosken wird man das Parteiprogramm ja wohl nicht kaufen können. Ist von daher die von Ihnen angestrebte Diskussion nicht illusorisch — unmöglich?

Herbert Mies: Der Programmentwurf wurde auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit übergeben. Viele junge Menschen konnten sich bereits einen Programmentwurf beschaffen. Das konnte auch nicht durch die willkürliche und skandalöse Beschlagnahme in einigen Druckereien verhindert werden. Die Jugend tut gut daran, sich nicht mit der Einschränkung ihres Rechts auf Informationsfreiheit abzufinden. Sie hat Anspruch darauf, die Politik und das Programm der Kommunisten kennenzulernen. Vielerorts besteht die Möglichkeit der Diskussion mit Kommunisten. Meine Freunde und auch ich sind jederzeit dazu bereit. In diesen Tagen schrieb die „Frankfurter Allgemeine“: Die Kommunisten seien „Trainingspartner für Polizeieingriffe geworden. Wir möchten lieber Partner der jungen Menschen für eine freie und offene Diskussion sein.“



Ungehindert verteilt wurde nach Verbot der Frankfurter Pressekonferenz der Programmentwurf der KPD. Verblüfft und interessiert drängten sich Arbeiter von Bahn und Post nach den Drucksachen: „KPD? Ja gibts die denn wieder?“ Inzwischen unternimmt die Justiz jeden Versuch, die Diskussion um das Programm zu verhindern. Gegen Zeitschriften laufen Verfahren, weil sie die Meinung der Kommunisten zur Diskussion stellten.



Groteske Situation auf der Bonner Pressekonferenz des „Initiativausschusses für die Wiedezulassung der KPD“. Der Programmentwurf durfte nicht verteilt werden und den Rednern war das Zitieren aus diesem Entwurf untersagt. Wie soll da die Presse ihrer Informationspflicht nachkommen? Unbestreitbar: Angst herrscht in Bonn, das Alternativprogramm der KPD könnte in breiten Kreisen der Bevölkerung die politische Diskussion anregen.

Bücher zu heißen Themen

NEU!

Vietnam 67

Dokumente und Berichte vorgelegt von Karl Heinz Schröder, u. a. Programm der FNL Südvietnams, Genfer Abschlusserklärung, Brief Ho Tschu Minh an Johnson. Der chemische Giftkrieg in Vietnam. brosch. DM 3,—

NEU!

Karl Heinz Schröder

Auf den Spuren des Bundesinnenministeriums

Eine offene Auseinandersetzung mit den Verneblungsversuchen des Bundesinnenministeriums in Sachen Notstandsgesetze. brosch. DM 2,—

Georg Polikeit

Die sogenannte DDR

Zahlen. Daten. Realitäten.

Eine Landeskunde über den anderen Teil Deutschlands. 328 Seiten DM 13,70

Leningrad — Die Stadt, die den Tod bezwang

Ein Bildband für Anspruchsvolle. 450 seltene Dokumentar-Fotos aus sowjetischen Archiven. Leinen, Großformat. 276 Seiten DM 24,80

Erhältlich in jeder guten Buchhandlung oder direkt



Weltkreis-Verlags GmbH.
6104 Jugenheim/Bergstraße
Ailsbacher Straße 65

Martin Mittwoch

STECK BRIEFE



BEKANNTE SCHRIFTSTELLER schauten unseren Politikern „aufs Maul“. Sie analysierten, was als Phon-Blasen und Substantivgeschwader auf uns niederprasselt und untersuchten deren Rede und Schreiben auf ihren politischen Aussagewert. Die Sprache dient nicht nur der Verbreitung politischer Ideen, sondern ist auch ein Schlüssel zu den verborgenen Wünschen der Politiker. Damit bietet sie auch eine Möglichkeit der Kontrolle. Wenn Franz-Josef Strauß in seinem Entwurf für Europa 121 mal Atom gebraucht, aber nur 2 mal human (und davon noch einmal in Gänsefüßchen) so spricht eine solche Aufzählung für sich. (Hans-Dieter Baroth: SCHRIFTSTELLER TESTEN POLITIKERTEXTE, 195 Seiten, Paperback, 12,80 DM, Scherz-Verlag München)

Seit es in Bonn das SCHWARZ-ROTE MACHTKARTELL aus CDU und SPD gibt, verstärkt sich der Zulauf zu den oppositionellen Gruppen, die abseits der Parteien stehen: der außerparlamentarischen Opposition. Die Frage nach ihrer Funktion und politischen Wirksamkeit versucht der erste Teil von Seeligers Buch mit Beiträgen von Thomas Dehler, Hans Wolfgang Rubin, Helmut Schmidt u. a. zu beantworten. Der zweite Teil bietet in einzelnen „Porträts“ eine Auswahl typischer Gruppierungen: Programme, Proteste, Manifeste und kritische Verlautbarungen werden zur Diskussion gestellt. (Rolf Seeliger: DIE AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION, 220 Seiten, 7,80 DM, Verlag R. Seeliger, München)

DIE DEMOKRATIE BEIM WORT GENOMMEN haben die Autoren des Buches DER CDU-STAAT, die unsere Verfassungswirklichkeit beleuchten. In zwölf Studien untersuchen sie die tatsächlichen Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft, die Situation der Kinder und Jugendlichen, die am Rande der Gesellschaft als Folge einer vernachlässigten Sozialpolitik aufwachsen, was Parlament, Staatsbürokratie, Verfassungsgerichtsbarkeit und Staatsschutzinstanzen bewirken, wie es um die Meinungsbildung und das Erziehungswesen bestellt ist. Den Abschluß bilden zwei Analysen herrschender Vorstellungen (Leistungsgesellschaft, formierte Gesellschaft). (Schäfer/Nedelmann (Hrsg.): DER CDU-STAAT, 368 Seiten, kart. Studienausgabe, 18,— DM, Szechny-Verlag München)

UNTER DEM DRUCK DER WELTÖFFENTLICHKEIT mußte Mikis Theodorakis inzwischen freigelassen werden. Doch das Spielen der Musik und der Lieder des bekannten Komponisten sind von den griechischen Faschisten nach wie vor verboten. Wer gegen diesen Befehl verstößt, wird vor ein Sondergericht gestellt. „Singt sein Lied! Und alle Sender sollen es tagein und tagaus in die Ohren derjenigen singen, die noch nicht wissen, daß nicht die Knechtschaft, sondern die Freiheit über alle Bestialitäten triumphieren wird.“ (Paul Dessau). (Poesiealbum MIKIS THEODORAKIS, 33 S. kart., 0,90 DM, Verlag Neues Leben, Berlin-Ost)

NARRS UNTERSUCHUNG zeigt den Weg, den CDU und SPD, die sich von „Glaubensgemeinschaften“ zu Auffangnetzen der Interessenverbände entwickelten. Beide haben keine unverwechselbaren Programme und zeigen sich neuen Aufgaben nicht gewachsen. Obwohl sein Buch vor Bildung der Großen Koalition abgeschlossen wurde, zeigt es schon die Alternative der großen Zwei in die Sackgasse unserer parlamentarischen Demokratie. Es ist empfehlenswert für alle, die wissen wollen, wie es dazu kommen konnte — und die den hohen Preis sowie die mangelhaften editorischen Handreichungen des Verlages in Kauf nehmen. (Wolf-Dieter Narr: CDU-SPD, PROGRAMM UND PRAXIS seit 1945, 327 S., Leinen, 29,— DM, Kohlhammer-Verlag Stuttgart)



Beschlüsse

Notstandsgesetzgebung

Mit größter Sorge verfolgen die Delegierten der Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier die Bestrebungen der Bundestagsparteien und eines Großteils der Abgeordneten, entgegen der ablehnenden Haltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes Notstandsgesetze zu verabschieden, die die Grundrechte einschränken. — Die Delegierten begrüßen die Entschlossenheit des DGB und werden diese Notstandsgesetzesentwürfe mit Entschiedenheit bekämpfen. — Die Delegierten fordern, daß die bereits verabschiedeten „einfachen“ Notstandsgesetze rückgängig gemacht werden. Sie fordern alle Mitglieder auf, sich an den Unterschriftenaktionen der Gewerkschaften zu beteiligen, um dadurch ihre Überzeugung deutlich zum Ausdruck zu bringen. — Sie appellieren darüber hinaus an alle Kolleginnen und Kollegen, in ihrem eigenen Interesse sich in großer Zahl an den Kundgebungen und Protestaktionen zu beteiligen. — Die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Gefahren durch solche Gesetze muß fortgesetzt und verstärkt werden. — Um die Basis für den Kampf gegen die Notstandsgesetze zu erweitern, sollen der DGB und die Gewerkschaften die einzelnen Ausschüsse des Kuratoriums „Notstand der Demokratie“ finanziell und publizistisch unterstützen. Die Delegierten sind der Auffassung, daß zur Verhinderung von Notstandsgesetzen gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen (Streiks) ergriffen werden müssen, um die Demokratie zu schützen.

Sternmarsch gegen Notstandsgesetze

Die Delegierten der Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier rufen dazu auf, den vom Kuratorium Notstand der Demokratie geplanten Sternmarsch nach Bonn gegen die Notstandsgesetze insbesondere durch Werbung von Teilnehmern und durch unsere Beteiligung zu unterstützen. — Dieser Sternmarsch findet vor der 2. Lesung der Gesetzesentwürfe im Bundestag statt. Er soll als große Demonstration den Willen der Bevölkerung eindeutig dokumentieren.

Krieg in Vietnam

Die Delegierten der Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier wenden sich mit Abscheu gegen den Krieg der USA in Vietnam und verurteilen jede moralische und materielle Unterstützung der amerikanischen Vietnampolitik. — Wir distanzieren uns von allen offiziellen Äußerungen der Bundesregierung und der Bundesparteien, die den Anschein erwecken, als identifizierten sich die Bürger der Bundesrepublik mit der Vietnampolitik der USA-Regierung. — Um den Frieden in Vietnam und die Unabhängigkeit des vietnamesischen Volkes wieder herzustellen, sind folgende Grundforderungen zu verwirklichen:

1. Sofortige Einstellung der Bombardierungen und aller anderen Kriegshandlungen in Vietnam.

3. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier

Klare Politik für Arbeiterjugend

Der Startschuß für die diesjährigen zahlreichen Konferenzen der Gewerkschaftsjugend ist gefallen. Stark beachtet von den Vertretern der verschiedenen Einzelgewerkschaften besuchten die 102 Delegierten der 24000 jugendlichen Mitglieder der IG Druck und Papier Anfang Februar in Springen (Taunus) über ihre Arbeit und ihre Forderungen.

Die Delegierten der 3. Bundesjugendkonferenz schreckten dabei nicht vor den bisher auch in den Gewerkschaften bestehenden Tabus - Konzentrierte Aktion, Alleinvertragsanspruch, Kontaktverbot, KPD-Verbot — zurück und auch nicht vor den Ermahnungen des 2. Vorsitzenden ihrer Gewerkschaft, der die Delegierten aufforderte, ihre „Wünsche“ nochmals „sorgfältig zu durchdenken“. Das Ergebnis der Konferenz waren dann Beschlüsse, die insgesamt gesehen eine jugendpolitische Programmatik der Gewerkschaftsjugend in der Zeit der verschärften Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Notstandsplanern und Demokraten ergeben.

Warnung vor Neofaschismus

Motto der Konferenz waren die Worte „Die sich des Vergangenen nicht erinnern, sind dazu verurteilt, es noch mal zu erleben“. Die Gefahr des Neofaschismus stand daher im Mittelpunkt der Diskussionen. Günther Stephan, für die Jugendarbeit verantwortliches Vorstandsmitglied des DGB, warnte nachdrücklich

davor, die Gewerkschaften in ihrem harten und kompromißlosen Kampf gegen die NPD und den Neofaschismus allein zu lassen. Alarmierend war sein Bericht über die Haltung des Landesjugendrings Schleswig-Holstein, der unter der Führung eines „Falken“-Funktionärs die NPD trotz des scharfen Potestes der DGB-Jugend zu einem Neujahrsempfang eingeladen hatte, „weil die NPD nun einmal im Landtag vertreten ist“. Stephan verurteilte diese Haltung eines Jugendrings und kündigte weitere Veranstaltungen des DGB zur Aufklärung über die NPD an.

Die Podiumsdiskussion „Nationalismus in Deutschland“ mit den Wissenschaftlern Dr. Kurt Fackner und Gerd Schäfer, dem Journalisten Günter Brühl und dem Politiker und Gewerkschafter Olaf Radke (SPD) brachte eine notwendige Klärung über Ursache und Wirkung des heutigen und gestrigen Nationalismus und Faschismus: Heute wie gestern „Am deutschen Wesen wird die Welt genesen“ (Strauß: Die Bundesrepublik ist wirtschaftlich ein Riese, politisch ein Zwerg — das dürfte nicht so bleiben). Heute wie gestern Neidkomplexe, Nichtanerkennung von Grenzen und Expansionstrieb (Nichtanerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze). Heute wie gestern Entpolitisierung, Entdemokratisierung, Hetze gegen die Arbeiterbewegung (Springer-Presse und Notstandsgesetze). Gerd Schäfer wies auf Übereinstimmungen in der Programmatik der NPD und der Politik der herrschenden Parteien hin. Diese Übereinstimmung sei der Grund dafür, daß von der Bundes-

Fortsetzung auf Seite 22

elan

Blätter für den Jugendleiter

Beschlüsse

2. Abzug aller amerikanischen und anderen ausländischen Streitkräfte aus dem Süden des Landes.
3. Das vietnamesische Volk trifft seine Entscheidungen ohne Beeinflussung von außen gemäß den Grundsätzen des Genfer Abkommens von 1954 über seine eigenen Angelegenheiten.

Ostermarsch

Der DGB und die einzelnen Gewerkschaften sollen ihre Mitglieder auffordern, am Ostermarsch teilzunehmen. Der DGB und die Gewerkschaften sollen die „Kampagne für Abrüstung“ finanziell und publizistisch unterstützen. Angesichts der zahlreichen Kriegs- und Krisenherde auf der Welt muß alles zur Erhaltung des Weltfriedens getan werden. Der Ostermarsch stellt nach Ansicht der Bundesjugendkonferenz dazu ein geeignetes Mittel dar. Begründung: Wir verstehen nicht die passive Haltung der Gewerkschaften (die zwar eine Teilnahme an den Ostermärschen nicht unterstützen, aber auch nicht aktiv unterstützen) gegenüber einer Organisation, die im großen Maße die Ziele vertritt, die auch Ziele der Gewerkschaften sind.

Aufhebung des KPD-Verbetes

Der DGB und die einzelnen Gewerkschaften werden aufgefordert, ihren Einfluß geltend zu machen für eine Aufhebung des KPD-Verbetes. — Jegliches Verbot von politischen Parteien, die sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen, ist eines demokratischen Staates unwürdig.

Konzentration der Presse und Meinungsmonopole

Die Delegierten der Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier sind bestürzt über die zunehmende Konzentration der Presse und die sich dadurch zwangsläufig ergebende Monopolisierung der Meinungsbildung. Am Beispiel Springer-Presse wird dies in erschreckender Weise sichtbar. — Wir begrüßen den Beschluß des Hauptvorstandes zur Pressekonzentration, als am stärksten betroffene Gewerkschaft weitere Vorschläge und Initiativen zu entwickeln, die geeignet sind, diesem Mißbrauch der Pressefreiheit entgegenzutreten. (In einem weiteren Beschluß gegen die Konzentration in der Wirtschaft heißt es u. a.: Da wirtschaftliche Macht auch immer politische Macht bedeutet, erscheint es als durchaus berechtigt, gewisse große Konzerne zu enteignen und in Anstalten des öffentlichen Rechts umzuwandeln.)

Diplomatische Beziehungen zu sozialistischen Staaten - Anerkennung der DDR

Der DGB soll die Bundesregierung auffordern, alle sozialistischen Staaten, einschließlich der DDR, diplomatisch anzuerkennen. Nur die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und den sozialistischen Ländern ist die Voraussetzung für Frieden und Fortschritt in der Welt.



Gewerkschaftsjugend und Große Koalition

Junge Arbeitnehmer ziehen Bilanz über die letzten 15 Monate
von Norbert Wrobel*

Nach einem Jahr der „Vernunft-ehe“ in Bonn, wie man sie gern bezeichnete, kommt man sicher nicht umhin, eine Bilanz über die letzten 15 Monate zu ziehen. Es wird viel darüber diskutiert, ob der Zusammenschluß unserer SPD mit der CDU/CSU eine politische Notwendigkeit war. Nachdem die Regierungserklärung über uns erging und die Große Koalition ein Jahr Zeit hatte, ihr Programm an entscheidenden Punkten anzusetzen, müssen wir uns jedoch über die Ansatzpunkte und deren Auswirkungen unterhalten.

Politische Diskussion im Betrieb

Diese großen Probleme werden im Moment in den Betrieben viel diskutiert. Parteipolitik, die ja nach dem Betriebsverfassungsgesetz in den Betrieben keine Anwendung finden darf, wird auf Grund des Zusammenschlusses der großen Parteien an die Arbeitsplätze getragen. Und das ist gut so. Denn sollen die Kolleginnen und Kollegen, die ja die meiste bewußt erlebte Zeit des Tages in den Betrieben an ihren Arbeitsplätzen verbringen, entpolitisiert werden? Sicher nicht! Dazu kommt, daß sich die Kolleginnen und Kollegen in Räumen befinden, die sich Herren angeeignet haben, die bewußt Parteipolitik betreiben, ihres Profits wegen. So wäre es doch ein Unding, wenn man allein von einer Gruppe eine parteipolitische Neutralität verlangen würde. In Kreisen der Unternehmerschaft, so scheint mir, wünscht man jede politische Haltung der Arbeitnehmer zu einer parteipolitischen zu erklären, nur um die Diskussion zu begraben.

Jugend diskutiert mit

Politische Diskussionen — und auch das ist interessant — werden im Moment verstärkt von unseren jüngeren Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben geführt. Hauptsächlich sind es Mitglieder der Gewerkschaftsjugend, die mit ihren älteren Arbeitskameraden bestimmte Probleme diskutieren und besprechen. Auf mei-

ne Frage: „Warum kümmerst du Dich auf einmal so um die politischen Belange?“ erklärte mir ein junger Kollege: „In Zeiten der Großen Koalition werde ich doch gerade dazu herausgefordert.“ Diese Antwort mußte er mir erläutern. „Sieh mal,“ sagte er, „als die SPD noch in der Opposition war, wußte ich noch, welche Partei ich bei einer Wahl hätte wählen können, sobald ich 21 Jahre alt werde. Ich meine jetzt,“ so sagte er, „wenn es speziell um die Notstandsgesetze geht, heute weiß ich das nicht mehr. Sie sind alle für die Notstandsgesetze. Die bringen einen ganz schön in Bedrängnis. Freie Entscheidungsmöglichkeiten nennt man so etwas bei uns in der Theorie!“ Man mußte ihm recht geben.

Auf meine Frage, was er denn jetzt tue, sagte er mir: „Jede Möglichkeit, die uns die Gewerkschaft zum Widerstand gibt, voll ausschöpfen.“ Er fügte noch hinzu: „Das meinen auch meine Freunde.“ Es war nur eines von vielen Problemen.

Was sagt Bonn zu Vietnam?

Der schmutzige Krieg der Amerikaner in Vietnam war ein zweites Problem. Was tut denn die „Große Regierung“ in Bonn dagegen? In sehr vielen Fällen waren die Kollegen übereinstimmend der Auffassung, daß dieser Krieg der Amerikaner von Bonn ideell und materiell unterstützt würde. Wir müßten doch die Nase voll haben vom Krieg. Wir, die Deutschen! Die Distanzierung des Parteivorstandes der SPD in Sachen Vietnam ging vielen nicht weit genug.

Von Großer Koalition enttäuscht

Unsere Kollegen sind von den Ansätzen der Großen Koalition bisher enttäuscht. Viele Ansätze der SPD werden von unseren Kolleginnen und Kollegen bereits im Hinblick auf die kommenden Wahlen gedeutet. „Die haben jetzt schon gemerkt, daß sie die nächste Legislaturperiode in der Regierung nicht mehr erreichen. Dann sind sie vom Fenster

weg!“ Solche Äußerungen hört man immer wieder.

Mit Ostpolitik unzufrieden

Die sich immer mehr ausweitende wirtschaftliche und politische Abhängigkeit gegenüber Amerika wurde stark angeprangert. Man hatte angenommen, daß unter Mitwirkung der Sozialdemokraten zu allen Völkern, aber besonders zu unseren Nachbarn, ein besseres, friedliches Verhältnis hätte beginnen können. Die augenblickliche Ostpolitik, aber besonders das Verhältnis zur DDR stellt jedoch viele Kolleginnen und Kollegen nicht zufrieden. Wo bleibt die Verwirklichung der letzten Beschlüsse von Parteitag der SPD? Es fehlt aber auch nicht an Aussagen zur Innen- und Rüstungspolitik. Die Durchführung der Innenpolitik ist nach Ansicht vieler jungen Kollegen Ausgangspunkt für die Betrachtung großer, ja Weltprobleme. Nach ihrer Auffassung werden auch die führenden Mächte ihr Verhalten gegenüber der Bundesrepublik an den inneren Realitäten messen. Das heißt, daß alles Gerede vom Frieden sinnlos ist, wenn man keinen Anfang der Abrüstung in unserer Bundeswehr erkennen kann.

Arbeitnehmerinteressen verletzt

Die ablehnende Haltung gegenüber der NPD spielt eine große Rolle in der Diskussion. Die Auffassungen gehen dahin, daß diese reaktionären und faschistischen Kräfte bereits soweit gehen, wie es ihnen die augenblickliche politische Lage gestattet. Für uns als junge Generation schelen aber noch zwei Aspekte von Wichtigkeit: 1. Hat die SPD in der Großen Koalition die Probleme der Arbeiterklasse in den Vordergrund gestellt und ist sie deshalb, um der Mehrheit des Volkes zu helfen, in diese Regierungsform eingetreten? Diese Antwort hat überwogen: Nein! Sie waren der Opposition müde und wollten endlich regieren. Leider! 2. Wie soll sich die junge Generation gegenüber der SPD verhalten?

Antworten wie diese waren nicht selten: Die jungen Gewerkschafter müssen in die Partei gehen, um ihre Meinung durchzudrücken. Sich von der Partei zu distanzieren wäre das falscheste was man tun könnte. Das wollen einige Kreise in der SPD ja geradezu. Die gewerkschaftliche Haltung muß im Gegensatz zu den Äußerungen Helmut Schmidts wieder in die Partei dringen.

Verantwortung der Gewerkschaften

Abschließend kann man sagen, daß in die Gewerkschaften sehr viel Vertrauen gesetzt wurde. Sie gelten in den meisten Fällen augenblicklich als einzige Organisationen, die echt die Arbeitnehmerinteressen vertreten. Es dürfte auf der Hand liegen, daß die Gewerkschaften ihre Stärke kennen. So dürfen wir zum Beispiel sehr gespannt sein, welche Grundsätze die jungen Kolleginnen und Kollegen von der IG Metall auf ihrer im Mai stattfindenden Bundesjugendkonferenz in Köln beschließen werden. Ihre politischen Aussagen waren schon immer die Aufmerksamkeit aller wert.

* Der Autor ist Jugendsekretär der IG Metall in Köln.

Termine

29.—31. März 1968: Außerordentliche Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt/M. zu Fragen des Parlamentarismus und der Taktik bei der Bundestagswahl 1969.

19.—20. April 1968: 9. Gewerkschaftsjugendtag der IG Bergbau und Energie, Oberhausen/Mühlheim.

26.—28. April 1968: Springer-Tribunal in Westberlin.

8.—10. Mai 1968: Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Würzburg.

8./9. Juni 1968: 1. Deutscher Jugenddelegiertentag des Bundesjugendringes mit Friedenskundgebung in der Paulskirche, Frankfurt/M.

28. Juli bis 6. August 1968: IX. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, Sofia.

22./23. November 1968: 7. Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Braunschweig.



Höhepunkt der außerparlamentarischen Bewegung

Ostermarsch 1968 - Für Demokratie, Abrüstung und sozialen Fortschritt

Dies ist ein zwingender Grund, um durch den Ostermarsch 1968 die Opposition gegen eine solche Politik zum Ausdruck zu bringen.

Rettung der Demokratie

Es kommt noch ein weiteres Motiv hinzu. Im Zusammenhang mit der verfehlten Außen- und Militärpolitik auch der Großen Koalition, die ja gerade jetzt im Aktionsprogramm der führenden Regierungspartei, nämlich der CDU, noch einmal ausdrücklich bestätigt worden ist, ergeben sich weitreichende und höchst negative Konsequenzen für die Innen- und Wirtschaftspolitik. Der Übergang zum autoritären System wird — nicht nur durch die geplanten weiteren Notstandsgesetze — weiter vorangetrieben. Auf dem Boden jener Ressentiments — als da sind Antikommunismus, Nichtanerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze —, die die CDU/CSU durch ihre Politik selbst hochgezüchtet hat, geißelt ein neuer Faschismus. Und die Regierung ist nicht im Stande, mit wirtschaftlichen Krisenerscheinungen langfristig auf konstruktive Weise fertig zu werden und die dringlichsten Aufgaben auf dem Gebiet der Sozial- und Bildungspolitik zu finanzieren — deshalb nicht, weil sie sich um ihrer militärischen Machtstaatspolitik willen über das volkswirtschaftliche Gesamtinteresse und speziell das Interesse der Arbeitnehmer hinwegsetzt. Schließlich: die Bundesregierung stellt sich hinter den Krieg der USA gegen Vietnam und sie unterstützt das griechische Militärregime. Gegen diesen Gesamtzusammenhang einer falschen Politik demonstriert der Ostermarsch 1968.

Interview mit Dr. Arno Klönne, Pressereferent der Kampagne für Demokratie und Abrüstung

— Worin sehen Sie die besonderen Gründe, die die Demokraten in der Bundesrepublik zur Unterstützung des Ostermarsches 1968 veranlassen sollten?

Klönne: In Bonn regiert nun seit mehr als einem Jahr die Große Koalition. Es hat beim Start dieser Koalition bei vielen Mitbürgern durchaus die Hoffnung gegeben, die neue Regierung werde zumindest in den wichtigsten außenpolitischen Fragen eine Kursänderung zur Vernunft hin vollziehen, so etwa: den Rüstungs- und Trägersysteme verzichten, ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem anstreben und die DDR und die Oder-Neiße-Grenze anerkennen. In einigen dieser Fragen hatte die Sozialdemokratische Partei ja auch vor der Regierungsumbildung Vorschläge für eine Neuorientierung der Politik gemacht.

Neue Politik erforderlich

Inzwischen hat sich nun herausgestellt, daß in allen genannten Punkten die Große Koalition keine andere Politik treibt als ihre Vorgängerinnen. Damit bleibt aber die ganze katastrophenträchtige Unsicherheit in Mitteleuropa bestehen. Veränderungen im Vokabular helfen nicht weiter, solange die militärpolitische Pression und Existenzbedrohung gegen den Osten der harte Kern der Bonner Politik bleibt. Die Haltung der CDU/CSU zum geplanten Atomwaffensperrvertrag macht deutlich, daß der alte Plan von Strauß, Gutenberg und Co. nicht aufgegeben wurde — ein atomgerüstetes Westeuropa unter westdeutscher Führung, das dann den Status quo in Europa verändern und die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges revidieren soll!

wurde es in „konkret“ formuliert. Welche Wirkungsmöglichkeiten hat nach Ihrer Meinung der Ostermarsch tatsächlich?

Klönne: Die außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik ist im vergangenen Jahr in eine neue Lage hineingekommen, in der vieles im Fluß geraten ist. Ich denke hier vor allem an die Studentenbewegung. Diese neu auftretende Opposition ist insgesamt ein erheblicher Gewinn für die Demokratie in der Bundesrepublik.

Man kann dabei jedoch nicht übersehen, daß gelegentlich auch fragwürdige Vorstellungen über die Verfahrensweisen der Opposition auftreten. Wenn z. B. von manchem dem Ostermarsch zum Vorwurf gemacht wird, er halte sich an legale Demonstrationsformen und diene dadurch einem undemokratischen System als Alibi, so steckt hinter dieser Argumentation eine äußerst problematische Auffassung von den Zielen der außerparlamentarischen Opposition überhaupt. Wir sind der Meinung, daß die Demokraten jede rechtlich und faktische Freiheitschance unseres Systems in Anspruch nehmen, die demokratischen Positionen des Grundgesetzes verteidigen und ausbauen und so Zug um Zug eine Machtverschiebung zugunsten der Demokratie anstreben müssen. So sehen wir auch die Funktion des Ostermarsches. Wir halten nichts von der Theorie, daß man die autoritären Kräfte dazu herausfordern müsse, ihre Macht ungehemmter und brutaler anzuwenden, um so einen „Umschlag“ des Systems zu erreichen.

Wirkung und Erfolg sind möglich

Dabei bilden wir uns natürlich nicht ein, daß der Ostermarsch allein politische Veränderungen bewirken könne. Demonstrationen wie der Ostermarsch und Bewegungen wie unsere Kampagne sind nur ein Faktor unter vielen anderen, die eine politische Alternative aufbauen. Daß unsere Aktionen nicht ohne Ergebnis bleiben, zeigt m. E. die Auseinander-

setzung um die Notstandsgesetze. Ohne die Tätigkeit der Notstandskuratoren, der Kampagne und der Gewerkschaften hätten wir längst eine autoritäre Notstandsverfassung.

Die Kampagne wird weiterhin und mit langem Atem für solche Ziele arbeiten. Sie wird ihre Aktionsformen immer wieder überprüfen und erneuern, aber sie wird sich nicht durch irgendwelche heute modischen und morgen bereits wieder vergessenen, allzu schnellfertigen Scheinrezepte beirren lassen.

— Die Kampagne für Abrüstung hat sich umbenannt in „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“, und zwar anlässlich einer Aktionskonferenz in Essen (siehe „elan“ Nr. 2/68). Weshalb diese Umbenennung?

Klönne: Die Kampagne hat vor einigen Wochen einen Entwurf für die politische Zielsetzung des Ostermarsches 1968 öffentlich zur Diskussion gestellt. Dazu sind fast 2300 Stellungnahmen eingegangen. Auf der Grundlage dieser umfangreichen Diskussionen hat dann die Kampagne den endgültigen Aufruf zum Ostermarsch 1968 formuliert, veröffentlicht und die gesamte demokratische Opposition zur Unterstützung und Teilnahme aufgefordert. Gleichzeitig hat sie ihren Namen erweitert. Sie zieht damit die Konsequenz aus einer längst offenbar gewordenen Entwicklung: nämlich den engen Zusammenhang von Rüstungspolitik und autoritären Tendenzen einerseits, Abrüstung und Demokratie andererseits. Die Alternative zur Rüstungspolitik, nämlich eine auf internationale Verständigung und Abrüstung gerichtete Politik, setzt einen gewissen Bestand an Demokratie voraus, ist zugleich geeignet, Demokratisierung voranzutreiben. Insofern ist der Kampf gegen die Rüstungspolitik immer auch Kampf für die Demokratie; Ausweitung demokratischer Strukturen ist immer auch ein Gewinn an Chancen für die Abschaffung der Rüstungspolitik.

Jürgen Laimer, Landesjugendleiter der Naturfreundejugend Rheinland:

Es kommt jetzt darauf an, die im Ostermarsch-Aufruf dargelegte Politik öffentlich zur Diskussion zu stellen. Dies sind lebenswichtige Fragen der ganzen Bevölkerung. Zur Demonstration gehört die Information der Teilnehmer an der Aktion wie auch weiterer Bevölkerungskreise. So sollte zur Vorbereitung des Ostermarsches das Gespräch mit den Gewerkschaften, Schüler- und Studentenorganisationen, Jugendverbänden und den Arbeitern in den Betrieben geführt werden, d. h. die informelle Vorbereitung unter allen ansprechbaren Bevölkerungsgruppen.

Dieter Egner, Vorsitzender der Betriebsjugendvertretung der Farbwerke Hoechst, Frankfurt:

Von Kritikern wird uns vorgeworfen, die Forderungen des Ostermarsches hätten wenig mit Abrüstung zu tun. Dazu sei gesagt: Die diesjährigen Forderungen des Ostermarsches betreffen zwar räumlich weit auseinanderliegende Teile der Welt, stehen aber in ganz engem Zusammenhang. Auf einen Nenner gebracht

sehen sie die Bekämpfung jeglicher Brutalität und Gewalt vor — sei es der mörderische Vietnam-Krieg, das Gewalt-Regime in Griechenland, die Militarisierung der Bevölkerung durch die Notstandsgesetze im eigenen Land, seien es die Aufrufe zur Brutalität und Intoleranz durch große Massenblätter (Bild, Welt), das Wirken ausländischer Geheimdienste nach Gangster-Manier in der Bundesrepublik, die Frage der Welternährung oder auch die Schützenpanzeraffäre. Die Argumentation der Kampagne sollte auch wirtschaftspolitischer Natur sein. So hat Prof. Baade (Kiel) in einer Veröffentlichung wertvolle Argumente geliefert, indem er u. a. herausstellte, daß Japan der „wirtschaftlichen Rezession“ mit einer Kürzung des Rüstungshaushaltes begegnet ist. Die Bundesrepublik sollte sich daran ein Beispiel nehmen!

Ich schlage zur Vorbereitung des OM '68 vor: Veranstaltet in jeder Stadt „Forumgespräche der Bürger“, zu denen sämtliche politischen, gesellschaftlichen und konfessionellen Gruppen einzuladen sind. Sucht die breite Basis und das Gespräch am Arbeitsplatz und

im Freundeskreis. Das setzt voraus, daß sich die Freunde des Ostermarsches gut informieren. In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, daß Scheibeneinschlagen, Sachbeschädigung und Trotzreaktion, welche die Anliegen des Ostermarsches nicht fördern, Zeichen für politische Ohnmacht sind.

Ilse Dreschke, Vorsitzende des Jugendclubs Independent, Dortmund:

Der Ostermarsch '68 steht besonders unter dem Motto „Schluß mit dem US-Krieg in Vietnam“ und „Gegen die Notstandsgesetze — für Demokratie“. Verstärkt wendet sich der Ostermarsch aber auch der Forderung nach sozialer Sicherheit zu, da die Arbeitnehmer besonders unter der Rüstungspolitik zu leiden haben. Die Zusammenhänge zwischen Aufrüstung, Abbau der Demokratie und des sozialen Besitzstandes und der Unterstützung des Vietnam-Krieges durch die Bundesregierung wollen wir im Club Independent besonders deutlich machen. In Aktionen des Clubs wollen wir außerdem mehr als bisher über den Vietnam-Krieg und die Notstandsgesetze informieren, um den Jugendlichen die Notwendigkeit der Teil-



nahme am Ostermarsch klarzumachen. Die zahlreichen außerparlamentarischen Protestaktionen der Jugend der letzten Zeit, können beim Ostermarsch 1968 einen Höhepunkt finden.

Kurt Georgi (stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff):

Ich sehe in den Ostermärschen eine wirkungsvolle Demonstration für die Demokratie und den Frieden. Und gerade weil es um die Demokratie und den Frieden geht, halte ich sie auch für eine gute Sache. Über die Rechtmäßigkeit der Ostermärsche gibt es keinen Zweifel. Demokratie ist nicht nur eine Angelegenheit der Regierung und des Parlaments, sondern Sache des ganzen Volkes.

3. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier

Fortsetzung von Seite 19

regierung nicht das Verbot der NPD angestrebt werde. Die Diskussionssteilnehmer waren sich einig, daß gegen den Neofaschismus die Demokraten alle Mittel einsetzen müßten, die das Grundgesetz biete.

Erfolgreiche Jugendarbeit

Bundesjugendsekretär Willi Baumann konnte den Delegierten der 3. Bundesjugendkonferenz eine recht erfolgreiche Bilanz vorlegen: Die Zahl der jugendlichen Mitglieder stieg in den letzten drei Jahren um 3 000 auf 24 000. Über 90 Prozent der Betriebsjugendsprecher des graphischen Gewerbes gehören der IG Druck und Papier an. Besorgt äußerte sich der Jugendsekretär — und die Konferenz stimmte ihm in Anträgen zu — über die Beschneidung der Jugendarbeit durch die Sparmaßnahmen des DGB und durch die Maßnahmen des IG-Druck-Hauptvorstandes, der die Zahl der jährlichen Hauptjugendausschuß-

sitzungen kürzte und die Rechte des Bundesjugendsekretärs in der Jugendbildungsarbeit einengte.

Klare Beschlüsse

Der Gegensatz der Interessen der Arbeiter und der Politik der Großen Koalition ist in den letzten Monaten deutlicher denn je geworden. Die jungen Gewerkschafter sprachen in der Antragsdiskussion eine klare Sprache. Auch diese Regierung ist in der Frage eines Berufsausbildungsgesetzes keinen Schritt vorangekommen. Zur Durchsetzung eines neuen Berufsausbildungssystems müsse man im Interesse der eigenen Zukunft, bis zum Streik gehen, rief ein Delegierter unter Beifall aus.

Bei dieser Einstellung der Delegierten war es selbstverständlich, daß in einer einstimmig angenommenen Entscheidung die Inanspruchnahme des Demonstrations-

rechtes durch die Jugend begrüßt und empfohlen wurde. Beim Ostermarsch '68 und beim Sternmarsch gegen die Notstandsgesetze wollen die jungen Gewerkschafter dabei sein. Weiterhin sollen am 1. September Demonstrationen zum Antikriegstag stattfinden. Die gewerkschaftlich organisierten Bundestagsabgeordneten sollen aufgefordert werden, sich mehr als bisher für die Arbeitnehmerinteressen einzusetzen. Bei politischen Aktionen wird die Zusammenarbeit mit der fortschrittlichen Studentenschaft angestrebt.

Gefordert wurden Maßnahmen gegen die Pressekonzentration. Die Beteiligung der Gewerkschaften an der „Konzertierten Aktion“ sei unverzichtbar mit den wirtschaftspolitischen Forderungen des DGB-Grundsatzprogramms und solle eingestellt werden. Weitere Forderungen der Konferenz: Verwirklichung der Mitbestimmung als „gesellschaftspolitische Notwendigkeit“, Aufhebung des KPD-Verbots, Demokratisierung des Schulunterrichts, Herabsetzung des Wahlalters, Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze, diplomatische Beziehungen zu allen sozialisti-

schen Ländern, Kontakte zu Jugendgruppen der DDR. Verurteilt wurden der Krieg der USA in Vietnam und die Militärdiktatur in Griechenland. Die Tätigkeit ausländischer Geheimdienste in der Bundesrepublik sei zu unterbinden. Gefordert wurde die Aufnahme des Grundrechtes auf Widerstand in das Grundgesetz.

Die Konferenz forderte die Erhöhung der Ausbildungsbeihilfen für Lehrlinge, einen Mindesturlaub von 20 Tagen bis zum 24. Lebensjahr, Bildungsurlaub, Kündigungsschutz für Betriebsjugendvertreter, einen besseren Jugendarbeitsschutz und die Ausdehnung des Kündigungsschutzgesetzes auf die Jugendlichen. Eine Solidaritätshilfe der Gewerkschaft für arbeitslose Jugendliche soll Sonderkurse zur beruflichen und allgemeinen Weiterbildung vorsehen. Der 3. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier, so betonten die Delegierten vielfach, müsse jetzt die notwendige Kombination öffentlicher politischer Aktionen, betrieblicher Jugendarbeit und politischer Bildung folgen.

Ulrich Sander

elan magazin

Sieg in Bremen

Jugend-Demonstrationen in zahlreichen Städten gegen teuren Fahrschein

Von Arno Rather

In einer Sondersitzung hat der Bremer Senat am 2. Februar eine Tarifsenkung bei der Straßenbahn der Hansestadt beschlossen, meldet ein amtliches Kommuniqué kurz und knapp. Was diesem Beschluß voranging, ist in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Beispiel: Binnen weniger Tage erreichten demonstrierende Schüler, Studenten, Lehrlinge und Arbeiter die weitgehende Zurücknahme unsozialer Belastungen in Form erhöhter Straßenbahntarife. Und sie holten die Verantwortlichen von ihrem hohen Thron herunter, zwangen sie zur öffentlichen Diskussion über die Gründe ihres Verhaltens. Wenn Bürgermeister Koschnik noch am 4. Tag der Demonstrationen erklärte: „Wir lassen uns nicht von dem Druck der Straße erpressen“ und „Der Terror wird mit Gewalt gebrochen“, so mußte er eine Woche nach Beginn der Aktionen nach einer Sondersitzung der Bürgerschaft auf einer öffentlichen Kundgebung Rechenschaft ablegen: Ein Stück Demokratie wurde erkämpft. Wenige Tage später wurden die alten Fahrpreise wieder eingeführt.

Mehrwertsteuer als Preistreiber

Die Einführung der Mehrwertsteuer führte in zahlreichen Städten zur Erhöhung der Nahverkehrs-Tarife. Bis zu 59 Prozent mehr sollten für den Fahrschein bezahlt werden. In manchen Städten nahmen die Stadtväter die Mehrwertsteuer



zum Anlaß zu weitergehenden Erhöhungen, um ihre durch die verfehlte Bonner Politik geschrumpften Stadtkassen aufzufrischen. In Bremen sollten die Tarife der Straßenbahn AG um 26 Prozent steigen. Doch das machten die Bremer Jugendlichen nicht mit.

50 Schüler machten den Anfang

Einem Sitzstreik von 50 Schülern folgten an weiteren vier Tagen — nach einem Aufruf des Arbeitskreises Bremer Schüllerringe (ABS) und des Unabhängigen Schülerbundes (USB), — Demonstrationen, Sitzproteste und Kundgebungen von tausenden Schülern, Studenten und Arbeitern. Die Polizei reagierte brutal, nach obrigkeitstaatlicher Methode: Wasserwerfer wurden gegen die Demonstranten eingesetzt, die den Straßenbahnverkehr zum Erliegen gebracht hatten. Ein leitender Polizeibeamter versuchte rücksichtslos, eine Straßenbahn durch die Menge zu fahren. Es wurde der Befehl „Schlagstock frei“ gegeben, Kriminalbeamte nahmen als „Greifer“ über 400 Demonstranten fest. Regelrechte Straßenschlachten wurden von der Polizei provoziert. Sie kesselten die Demonstranten ein und traktierten sie mit Wasserwerfern und Schlagstöcken. Die Verbitterung der Jugendlichen wuchs, einige Straßbahnscheiben gingen zu Bruch. Verhandeln wollten die Stadtoberen nicht: Delegierte der Schüler wurden nur von inkompetenten Beamten empfangen.

Ein Reporter des Bremer „Weser-Kurier“ schilderte die Szene so: „Unter den Arkaden des Deutschen Hauses am Markt ließ die Polizeikette einen sich vor Schmerzen krümmenden, hilflos weinenden verkrüppelten Greis zurück, an der Balgebrückstraße wurden Kinder und Jugendliche rücksichtslos eine vier Meter hohe Mauer hinuntergeprügelt und -geworfen. Der Schlagstock traf Frauen, die am Anfang der Demonstrationen noch auf eine Bahn warteten, er traf Geschäftsleute, die gerade ihren Laden schlossen. Und hinter der Polizeikette, in sicherer Entfernung, schrie der Bremer Polizeipräsident Erich von Bock und Polach in höchster Erregung: „Draufhauen!“



Draufhauen! Nachsetzen! und wieder: „Draufhauen!“

In Schnellverfahren fällte das Bremer Amtsgericht gegen Demonstranten Gefängnis-Strafen zwischen zwei Wochen und acht Monaten. Einen Rechtsbeistand konnten sie sich nicht wählen. Staatsanwalt Litzig: „In diesen Situationen muß hart durchgegriffen werden.“

Jugendliche und Betriebsräte gemeinsam

Inzwischen solidarisierten sich die Betriebsräte der größten Betriebe der Stadt, der Klöckner-Hütte und der AG Weser-Werft, mit den Demonstranten. Zahlreiche Studentengruppen stimmten ebenfalls zu. Am 5. Tag bequemen sich einige Abgeordnete endlich zur öffentlichen Diskussion. Mar machte sie darauf aufmerksam, daß die Aktionärsdividende der Straßenbahn AG (sie ist zu einem Viertel in privater Hand) ungeschmälert 300 000 bis 400 000 DM jährlich ausmacht, während die kleinen Leute zahlen sollen. In Bremen wie auch später in Bochum hatte die Straßenbahngesellschaft zudem eingestanden, daß sie die Gefahr der Abwanderung der Fahrgäste auf eigene Fahrzeuge dazu bewogen habe, die Mehrbelastungen fast ausschließlich an jene weiterzu-

geben, die sich noch in der Ausbildung befinden und deshalb auf die öffentlichen Nahverkehrsmittel angewiesen sind. In Bremen taten die Argumente und Demonstrationen ihre Wirkung. Die Preiserhöhungen wurden rückgängig gemacht. Zur Behandlung der weiteren Forderungen der Demonstranten — Absetzung von Bock und Polachs, Überprüfung des Verhaltens leitender Polizeibeamter, Auflösung der Schnellgerichte und Aufhebung der Strafanträge gegen die Demonstranten, die keine Sachbeschädigung begangen haben — wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß eingesetzt.

Doch wenige Tage nach dem Ende der Aktionen heißt es jetzt für die Öffentlichkeit erneut, wachsam zu sein. Wie der Wortführer des USB, Hermann Rademann, feststellte, ist der Untersuchungsausschuß bemüht, Handlangerdienste für die Staatsanwaltschaft gegen Demonstranten zu leisten, nicht aber gegen die brutalen Polizisten vorzugehen. Und bei der Jugenddebatte im Bundestag kritisierten CDU-Abgeordnete und Bundesinnenminister Lücke den Bremer Senat wegen seines Nachgebens. Lücke: Einmal gegen die Jugend eingeleitete Maßnahmen müßten „durchgehalten werden.“

Bremer Beispiel macht Schule

Das Bremer Beispiel ermutigte die jungen Arbeiter, Schüler und Studenten in anderen Städten. Auch sie wollten nicht zulassen, daß die Lasten einer verfehlten Politik weiter auf die arbeitende und lernende Jugend abgewälzt werden: die Schüler und Lehrlinge in Kiel, die mehrere Tage gegen eine 30prozentige Fahrpreiserhöhung ankämpften und gegen die die Polizei brutal vorging, die Freiburger Studenten, die ein schwerverletztes Polizeioffer in ihren Reihen haben. Auch hier ging es gegen höhere Fahrpreise, ebenso wie in Duisburg, Gummersbach, Wattenscheid, Osnabrück, Regensburg, Oberhausen, Saarbrücken, Münster, Göttingen. In Bochum kam es zu mehreren Demonstrationen, die von der Gewerkschaftsjugend begrüßt wurden. Eine aktive Unterstützung der Gewerkschaftsjugend für die Aktionen wurde — leider muß das festgestellt werden — von der Bochumer DGB-Führung behindert. Auch zu anderen Fragen gingen die jungen Menschen auf die Straße: in Hannover demonstrierten 2 500 für ein Mitspracherecht in allen Schulfällen, und in Lörrach traten 1 500 Schüler in einen Käuferstreik wegen der Preiserhöhungen in der Schulkantine.

Mehrheit für Demonstrationen

Die jungen Demonstranten mußten sich von der Obrigkeit die übelsten Verdächtigungen gefallen lassen. So in Kiel, wo der Magistrat erklärte, hinter den Demonstranten stünden Hintermänner, denen es um die „Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung unseres Staates“ gehe. Die Mär von der „radikalen Minderheit“, die nicht die Zustimmung der Mehrheit finde, hat jedoch eine Umfrage zerstört, die im Auftrag des „Spiegel“ gemacht wurde. 67 Prozent aller befragten Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren halten Jugenddemonstrationen für berechtigt, 58 Prozent würden selber mitdemonstrieren. Die Minderheit, die auf die Straße geht, hat die Sympathien der Mehrheit. Diese Mehrheit würde ebenfalls zu Aktionen schreiten — das wurde festgestellt — wenn Gelegenheit und Anlaß gegeben sind.

Klage gegen DFJW

Sekretärin enthüllt Vergangenheit Kiesingers und wird bestraft

von Ulrich Sander

Französische Gerichte müssen eine brisante Frage klären: Kann ein Anti-Nazi nicht Arbeiter des Deutsch-Französischen Jugendwerkes (DFJW) sein? Grund für die gerichtliche Auseinandersetzung ist die fristlose Entlassung der DFJW-Sekretärin Beate Klarsfeld, die im vergangenen Jahr in Zeitungsartikeln auf die Nazi-Vergangenheit von Bundeskanzler Kiesinger und auf seine Tätigkeit als stellvertretender Direktor der Propaganda-Abteilung des Reichsaußenministeriums hingewiesen hatte. Weil sie den Kanzler eine „Gefahr für ein demokratisches Deutschland“ nannte, konnte sie sich im September in der Pariser Abteilung des Jugendwerkes ihre Papiere holen.

Die 29jährige Berliner, in Paris mit einem Franzosen verheiratet, Mutter eines kleinen Jungen und Mitglied der SPD, verlangt nun vom DFJW Genugtuung; sie will eine Entschädigung in Höhe von einem Franc. Frau Klarsfeld: „Zu dem Zeitpunkt, wo die NPD ihre Aktivität verstärkt, die Welt beunruhigt und mit aller Gewalt versucht, ins Parlament zu gelangen, werde ich entlassen, weil ich mich gegen die Gefahr des Nazismus einsetze“. Dadurch werde das Verhältnis zwischen der deutschen und der französischen Jugend erheblich belastet. Sie weist auf das Beispiel des Ex-Nazis und Arbeitgebervertreters Fritz Arit hin, der als Kuratoriumsmitglied des DFJW zurücktrat, im Gegensatz zu ihr jedoch nicht entlassen wurde (und der noch heute in führender Stellung im Deutschen Industrieministerium und der Max-Traeger-Stiftung tätig ist, wie elan berichtet).



Beate Klarsfeld

* Die Dokumentation ist zu beziehen bei Beate Klarsfeld, 1, rue de l'Alboni — Paris 16 e, Frankreich.

Tierschutz und Vietnam

SDS kündigte Hundeverbrennung an

Von Peter Tymister

Gerüchte kursierten in der katholischen Kaiserstadt Aachen, der SDS wolle in aller Öffentlichkeit einen lebenden Hund verbrennen. Anrufe und Schreiben gingen bei den regionalen Tageszeitungen ein, die gegen diese Grauelthat protestierten. Am 2. Februar gegen 15 Uhr versammelten sich dann 300 „Schaulustige“, um der Verbrennung beizuwohnen.

Frau Klarsfeld veröffentlichte jetzt eine Dokumentation*) über Bundeskanzler Kiesinger (NSDAP-Mitgliedsnr. 2633930), der Verbindungsmann zwischen Ribbentrop und Goebbels und Verantwortlicher für zahlreiche antisemitische und kriegsfördernde Auslandssendungen des NS-Rundfunks gewesen sei. Beate Klarsfeld:

„In moralischer Hinsicht zähle ich eher Herrn Kiesinger als die Rohlinge von Auschwitz und Oradour zu den wahren Verantwortlichen.“

Die Juristen des Deutsch-Französischen Jugendwerkes bestreiten die Zuständigkeit französischer Gerichte und fordern, den Streitfall vor das Schiedsgericht des DFJW zu bringen. Doch dieses zweiköpfige Schiedsgericht wird von Beate Klarsfeld entschieden abgelehnt. Sein deutsches Mitglied ist der Präsident des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofes, Dr. Walter Hailer. Ihn lehnt Frau Klarsfeld wegen Befangenheit ab. Er hatte die NSDAP-Mitgliedsnr. 3579848 vom 1. Mai 1933 . . .

Die Mitglieder des SDS waren zwar dort, doch konnte niemand das Opfer erspähen. Einige vermuteten, es sei geplant, einen unschuldigen Passanten in den fetten Mops zu stecken. Doch kein SDSler ging auf Beutefang. Presse, Fernsehen und Verfassungsschutz waren zur Stelle. Alles scharte sich um die Akteure. Doch die breiteten gelassen ein rotes Transparent aus, ein Topf mit schwarzer Farbe wurde geöffnet und nach fünf Minuten konnte jeder lesen: „Arme Hunde, alle glauben, man will euch wie Menschen behandeln“. Zwei hielten das Transparent in die Höhe, alle lasen es und einige zogen verdattert davon. SDSler verteilten sich unter die Zuschauer, um mit ihnen zu diskutieren. „Wenn ein Hund verbrannt wird, dann kommt ihr, aber wenn in Vietnam hunderte von Menschen verbrannt werden, stört euch das nicht“. Dieser Satz wurde mit der Aktion bewiesen.

Internationale Festival-Vorbereitung

Aktivitäten in aller Welt

von Wladimir Kaljuschni

(stellvertretender Vorsitzender des Komitees der Jugendorganisationen der UdSSR)

Vom 28. Juli bis 6. Aug. 1968 wird die Hauptstadt Bulgariens Sofia auch die Hauptstadt der Weltjugend sein: die Jungen und Mädchen aus hundert Ländern werden sich beim traditionellen internationalen Fest — den Weltfestspielen der Jugend und Studenten „Für Solidarität, Frieden und Freundschaft“ treffen. Mit jedem Jahr werden immer mehr Jugend- und Studentenorganisationen Anhänger der Festspiele. Die Festspiele wurden nicht nur im internationalen, sondern auch im regionalen und nationalen Maßstab beliebte Jugendfeste. Insgesamt waren rund zweihunderttausend Jungen und Mädchen Delegierte der acht internationalen Treffen, Festspielteilnehmer können sich jedoch zu Recht Hunderte Millionen junger Menschen nennen. Jedem internationalen Festival gingen Jugendfeste der einzelnen Städte und Dörfer, Gebiete und Provinzen, Departements und Bundesländer sowie Länder voran, und in der Abschlußetappe sogar ganzer Ländergruppen. Die afrikanischen Jugendfestspiele wurden z. B. zur Tradition. Große Popularität errangen die zweiseitigen Festspiele, die in die Praxis der demokratischen Jugendbewegung festen Eingang fanden. Viele der Probleme, die im Mittelpunkt der vergangenen

Jugendfestspiele gestanden hatten, sind heute bereits von der Tagesordnung abgesetzt. Sie wurden durch den mutigen Kampf von Hunderten Millionen Menschen gelöst, in deren Reihen immer Jungen und Mädchen — Teilnehmer der internationalen

Festspielbewegung — waren. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß die fortschrittliche Menschheit auch mit jenen Fragen fertig werden wird, die noch ihrer Lösung harren. Und die internationalen Jugendfestspiele werden dabei ihre Rolle spielen.

Mitbestimmung in Schule und Betrieb

Gewerkschafter solidarisieren sich mit Studentenbewegung

Von Hermann Sittner

Vertreter der Arbeiterschaft und Funktionäre der Arbeiterjugend aus dem Rhein-Ruhr-Gebiet und dem Rhein-Main-Gebiet haben in großer Zahl eine Solidaritätsadresse an die demokratische Schüler- und Studentenbewegung gerichtet. Darin heißt es:

„Diese demokratische Bewegung unter den Studenten und Schülern vertritt eine Sache, die auch unsere Sache ist. In den Betrieben, in Lohn- und Arbeitskämpfen stoßen wir als Arbeiter auf denselben Gegner, nämlich auf den Macht- und Profitsanspruch einer kleinen Schicht und auf den Geltungsanspruch autoritärer Besitz- und Befehlsverhältnisse der Wirtschaft.“

Die Arbeiterfunktionäre rufen die Studenten und Schüler auf, sich mit dem demokratischen Widerstand gegen Notstandsgesetze und die Rüstungspolitik zu verbünden und „die vielfältigen oppositionellen Aktionen als gemeinsame Kraft sichtbar zu machen“ beim Ostermarsch 1968 und beim geplanten Sternmarsch auf Bonn gegen die zweite Lesung der Notstandsgesetze.

Zu den Unterzeichnern gehören u. a. die Betriebsratsvorsitzenden der Fa. Mannesmann, Duisburg, der Waggonfabrik Uerdingen und der Westfalenhütte Dortmund sowie die Bezirkssekretäre der IG Chemie Hagen und der Sekretär der IG Metall Münster. Ferner haben Otmar Günther (Jugendsekretär beim IG-Metall-Vor-

stand), Jochen Richert (DGB-Landesjugendsekretär in Hessen), Gert Lütgert (2. Bezirksvorsitzender der Jungsozialisten Hessen-Süd) und Dieter Kretschmer (IG-Chemie-Betriebsjugendsekretär Nordrhein) die Solidaritätsadresse unterschrieben.

Auch in Baden-Württemberg haben Gewerkschafter die Studenten unterstützt. Dem gegen den Regierungsentwurf für ein Hochschulgesetz protestierenden Mannheimer Studenten schrieb der Betriebsrat der Daimler-Benz AG in Mannheim er erkläre sich mit den Forderungen der Studenten, „die hierarchische Struktur der Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland durch paritätische Mitbestimmung zu beseitigen“, solidarisch. „Die Betriebsräte unterstützen um so mehr die Studenten“, heißt es weiter, „als ihre Forderungen Parallelen aufweisen zu dem Kampf um eine tatsächliche Mitbestimmung in den Betrieben.“



„Rechts“-Staats-Senat

Die zweifelhaften „Freiheits“-Vorstellungen des Klaus Schütz

Von Kurt Sorge

Dem „Regierenden“ in Berlin, Klaus Schütz, flatterten die Hosen. Absperrgitter ließ er vor dem Rathaus aufstellen, starke Polizeikräfte im Haus der „Volksvertretung“ Posten beziehen — das Volk hatte keinen Zutritt. Der Grund: Das Berliner Verwaltungsgericht hatte Schützens Verbot der Vietnam-Demonstration für rechtswidrig erklärt.

„Schickt den besten Mann“, hatte Springers „Welt“ von der SPD-Baracke in Bonn gefordert, als Heinrich Albertz über die Pistole seines Polizei-Schießers Kurras gestolpert war und die Baracke tat ihr Bestes.

Schütz zog alle Register, um die geplante Demonstration im Anschluß an den Vietnam-Kongreß zu verhindern. Erste Maßnahme: Verbot durch den Senat. Als das Gerichtsurteil den Verbotsbeschluß aufhob, (Rudi Dutschke dazu: „Der Rechtsstaat funktioniert nur, wenn wir massenhaft Druck auf ihn ausüben“), machte Schütz „Bild“-Politik: Über Rundfunk erklärte er: „Ich bleibe dabei: Hier wollen einige

wenige unseren freiheitlichen Rechtsstaat handlungsunfähig machen, und wir müssen uns wehren. Unterstützen Sie die Polizei.“ Kein Wunder, daß „Gegendemonstranten“ kamen, mit Plastiktüten und dem Aufdruck „Axel-Springer-Verlag.“ Kein Wunder, daß sie den Demonstranten Plakate und Transparente entreißen, ohne daß die Polizei eingriff, daß die Polizei „Bravo“ rief, als „sich Teilnehmer der Vietnam-Kundgebung vor den aufgetragenen Gegendemonstranten in die wartenden Busse in Sicherheit“ („Welt“) bringen mußten.

Hier sollte offensichtlich eine Neuaufgabe des 2. Juni 1967 provoziert werden. Die Parolen der amtlich ermunterten „Gegendemonstranten“ deuteten darauf hin: „Nieder mit dem SDS“, „Lieber tot als rot“ und „Helft dem Ami“ schrien sie, und 3000 Polizisten warteten auf den Einsatzbefehl. Die zehntausend Demonstranten gegen den schmutzigen Krieg in Vietnam ließen sich nicht provozieren. Die Polizei mußte Knüppel und Pistolen stecken lassen.

Schütz geht es nicht um die „Sicherung von Ruhe und Ordnung“ — ihm und seinem Senat gefällt vielmehr nicht die hörbare Kritik am schmutzigen Krieg der USA in Vietnam. Er möchte statt dieser Kritik Berliner Unterstützung dieses Krieges auf der Straße sehen. So rief er denn zu einer Gegendemonstration auf, durch die die Welt erfahren solle, „daß Berlin für Freiheit und Frieden stehe“. Für die Freiheit der Amerikaner, ein Volk auszurotten. Berlin soll offensichtlich Frontstadt bleiben.

hein & oss



elan
Das Porträt



Sie sind mit Joan Baez aufgetreten, mit Mikis Theodorakis, Dieter Süverkrüp, Franz Josef Degenhardt und kennen weit über 1000 Lieder. Folksongs aus aller Herren Länder. Die Pirmasenser Zwillinge Hein und Oss Kröher (40) haben ihr Faible für den Folksong schon in jungen Jahren entdeckt. Zu einer Zeit, als es noch nicht zum guten Ton gehörte, eine Scheibe von Pete Seeger und Bob Dylan im Plattenschränk zu haben. Sie sangen während des Krieges mit verschleppten Zwangsarbeitern aus Osteuropa. Durften dann als 17jährige noch ihre Knochen für das zertrümmerte „Großdeutsche Reich“ hinhalten und gerieten in britische Kriegsgefangenschaft. Von Navy-Soldaten lernten sie dort englische Shanties.

In ihre Heimat Pirmasens zurückgekehrt verdienten sie sich ihre Lebensmittelkarten als Waldarbeiter. Und blieben auch dort auf der Jagd nach Songs, Worksongs würde man heute sagen. Völlig klar, daß die beiden bei ihrem Drang nach Liedern anderer Völker nicht in Pirmasens hocken blieben. Ausgedehnte Reisen um den halben Erdball erweiterten das Repertoire. Speziell der nahe und mittlere Osten waren ihr Ziel. Doch für Hein und Oss ist singen mehr als nur ein Hobby, mehr als ein Job.

„Wir singen, weil wir Leute beeinflussen wollen. Wir wollen klare Vorstellungen schaffen, Bewußtsein verändern“, erklärten sie uns. Wie das gemeint ist, beweisen Hein & Oss ständig durch ihr politisches Engagement. Auf den Solidaritätsveranstaltungen des elan „Nein zum Faschismus, Solidarität mit den griechischen Demokraten“ aufzutreten, war für beide Ehrensache.

Freiheitslieder der verschiedensten Völker rangieren bei ihnen ganz oben. Ob die sowjetischen „Partisanen von Amur“ oder das deutsche „Lied der Moorsoldaten“. So sind Hein und Oss auch den Freunden des Waldeck Folksong Festivals bekannt. Und dort auf der Waldeck fühlen sie sich heimisch. Sie gehören von Anfang an zum „festen Inventar“ dieser jährlichen Veranstaltungen.

Wem es Spaß macht: die Tritonen, wie sie sich selbst nennen, werden selbstverständlich auch im Juni auf der Waldeck dabei sein.

(Für Nichtkreuzworträtselrater: Triton = griech. Meeresgott)

Rebellion gegen muffige Gesellschaft

Einen Tag vor dem 150. Geburtstag von Karl Marx, am 4. Mai 1968, wollen in Trier junge Arbeiter, Angestellte und Schüler eine revolutionäre

sozialistische Jugendorganisation gründen. Eine Jugendorganisation, die den Klassenstandpunkt der Arbeiter vertreten

will. elan sprach mit drei Mitgliedern des Gründungsausschusses:

Gerd Bauer
(Ludwigshafen),



elan: Ihr tragt den neuesten Meinungsknopf. Ihr teilt der Umwelt schlicht mit: „I like Marx“. Mit einem stark beachteten Aufruf fordert ihr die jungen Marx- und Lenin-Fans auf, sich in einer revolutionären sozialistischen Jugendorganisation zusammenzuschließen. Was verspricht ihr euch davon?

Rolf Priemer: Die Rebellion der Jugend hat einen Umfang angenommen, daß die Bundesregierung nicht umhin konnte, sich damit zu beschäftigen. In den Städten protestieren Lehrlinge und Schüler gegen Fahrpreiserhöhungen, gegen das autoritäre Schulsystem und gegen die Diktatur in Betrieb und Gesellschaft. Sie erklären sich solidarisch mit der südvietnamesischen Befreiungsbewegung. Immer mehr junge Menschen engagieren sich beim Ostermarsch und in der Anti-Notstandsbewegung. Und was besonders

Wolfgang Gehrke
(Hamburg) und



wichtig ist: Die Zahl der jungen Menschen wächst, die nicht nur in der Ablehnung der herrschenden Zustände verharren, sondern sich sozialistischen Ideen zuwenden.

elan: Was habt ihr nun diesen jungen Leuten außer „I like Marx“ am Revers zu bieten?

Rolf Priemer: Bei ihren Protesten stoßen die jungen Leute immer wieder auf die Frage nach der Herrschaft in unserem Staat, wenn sie sehen, daß ihre berechtigten Forderungen von der Regierung und den wirtschaftlich Mächtigen gemeinsam unterdrückt werden. Ein Wink von Springer und die Polizeiknüttel treten in Aktion. Es fehlt bei uns eine Jugendorganisation, die sagt, warum das so ist und wie man es ändern kann.

Wir wollen daher allen jungen Arbeitern,

Rolf Priemer
(Dortmund).



allen Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich in einer solchen Jugendorganisation zusammenzufinden, die sich von den Ideen von Marx, Engels und Lenin leiten läßt.

Wolfgang Gehrke: Was übrigens die Plaketten betrifft, sie können zusammen mit Informationsmaterial beim Genossen Priemer in 46 Dortmund, Neuer Graben 11, angefordert werden.

elan: Ihr bezeichnet euch als revolutionäre Jugend. Das klingt nach Barrikadenkampf, Guerillas und Straßenschlachten. Was ist revolutionär?

Gerd Bauer: Wir fühlen uns mit den revolutionären Bewegungen in der ganzen Welt eng verbunden. Für uns kommt es darauf an, eine Antwort darauf zu geben, was in der Bundesrepublik und heute revolutionär ist. An einem



gibt es keinen Zweifel: Jede gesellschaftliche Veränderung setzt die Einhaltung und den Ausbau des Grundgesetzes voraus. Für die demokratischen Forderungen nach Erhaltung und Verwirklichung des Grundgesetzes müssen heute Sozialisten eintreten. Wir sind für den Sozialismus. Dabei betrachten wir uns als Teil der demokratischen Bewegung in unserem Lande, die für Abrüstung, Demokratie, für sozialen Fortschritt und die Rechte der Jugend kämpft. Dieser demokratische Kampf ist heute vordringlich. Dadurch schwächen wir die Macht der Millionäre über die Millionen.

elan: Aber genügt das?

Gerd Bauer: Das ist ein vordringliches Ziel. Langfristig aber muß gemeinsam mit allen Sozialisten und Demokraten die sozialistische Umgestaltung angepackt werden. Wo könnte heute unser Volk stehen, wenn schon früher die revolutionären Kämpfe der Arbeiterbewegung erfolgreich gewesen wären und wenn die Macht der Wenigen, die Krisen, Faschismus und Kriege verschulden, gebrochen wäre! Krieg und Faschismus wären uns erspart geblieben, und der Frieden wäre für die Zukunft gesichert. Es gäbe nicht die Macht Springers und Flicks, keine Bergbaukrise und keinen Bildungsnotstand, keine Aufrüstungspolitik und keine Notstandsgesetze, keine Bereicherung der Wenigen auf Kosten der Vielen, aber die Ausnutzung der technischen Revolution zum Nutzen aller. Unsere Vorbilder sind die revolutionären Matrosen von 1918, die Arbeiter, die beim Kapp-Putsch durch Generalstreik die Republik schützten, die gegen den Faschismus kämpften. Ihr Kampf muß zu Ende geführt werden.

elan: Ihr wollt, wie es im Aufruf heißt, die „muffige Gesellschaftsordnung“ umkrempeln. Wie aber stellt ihr euch das vor?

Rolf Priemer: Wir sind der Auffassung, daß der Aufbau des Sozialismus nicht Angelegenheit einer Sekte ist, sondern Sache der Arbeiterschaft und anderer Kräfte unseres Volkes. Wir sind überzeugt, daß die Mehrheit des Volkes im Verlauf des demokratischen Kampfes ein solches Klassenbewußtsein erlangt, um sich aus eigener Erkenntnis für den Sozialismus zu entscheiden. Bis dahin ist es ein langer Weg. Aber eines ist gewiß: Auch um die Bundesrepublik wird der gesellschaftliche Fortschritt keinen Bogen machen.

elan: Wie stellt ihr euch euer Verhältnis zu den bestehenden Jugendorganisationen vor, von denen einige ebenfalls gegen Notstandsgesetze, Polizeiwillkür, für Abrüstung und Anerkennung der DDR auftreten?

Wolfgang Gehrke: Wir streben ein herzliches Verhältnis zu den Arbeiterjugendorganisationen an. Besonders zur Gewerkschaftsjugend. Und wir werden uns wehren, wenn die Gegner der Arbeiterjugend versuchen, einen Keil zwischen uns zu treiben. In letzter Zeit mußten wir ja erleben, daß der Klassengegner versuchte, die Opposition mit dem Argument von den „Gemäßigten“ und den „radikalen Minderheiten“ gegeneinander zu hetzen. Dagegen wehren wir uns. Der Feind steht rechts.

elan: Ihr schießt scharf gegen die Politiker in Bonn. Wie steht ihr zu den Politikern in Ostberlin?

Gerd Bauer: Wir haben einen Bundespräsidenten, der Konzentrationslager baute und einen Bundeskanzler, der Nazi-Propagandist und NSDAP-Mitglied war. Auch die Minister Schröder, Schiller und Strauß gehörten zu Naziorganisationen. Wir haben einen Innen- 29

Manipulieren - nachsetzen - draufhauen

Der Monat Februar 1968 wird einmal ein jugendpolitischer Wendepunkt in der bundesdeutschen Geschichte genannt werden können. Nie zuvor seit 1945 wurden die zwei Linien der Bemühungen der Herrschenden um die Jugend so deutlich wie in diesen Wochen: Der Vorlage des zweiten Jugendberichts der Bundesregierung folgte am 9. Februar eine „Jugenddebatte“ vor vollbesetztem (!) Bundestag. Dem Instrumentarium zur geistigen Beherrschung der Jugend folgte die Anleitung zum praktischen Handeln, wenn die ideologische Tour nicht mehr weiterhilft.

Und das ist das Rezept der Bundesregierung, der Militärs, der Beherrscher unserer Wirtschaft: „Anspruchsvollere Formen der Jugendbildungsarbeit, etwa im Bereich der politischen Bildung“, Schaffung einer zentralen Akademie zur Heranbildung regierungstreuer Jugendfunktionäre, um „Maßstäbe zu setzen und einen bestimmten Standard zu fixieren“ — mit abschließendem Diplom. So im Jugendbericht!). Weiter wird dort das vorrangige Disziplinierungsinstrument der Herrschenden in seinem Erziehungsziel dargestellt: „Die Bundeswehr sieht das Ziel der Ausbildung und Erziehung nicht zuletzt darin, daß der Staatsbürger in Uniform nach Beendigung des Wehrdienstes nicht mit der Uniform auch die Verteidigungsbereitschaft wieder ablegt.“ Das politische Bewußtsein des Jugendlichen bei Antritt seiner Dienstzeit wird negativ bewertet, denn „für das staatsbürgerliche Interesse, Wissen und Engagement der Wehrdienst leistenden jungen Männer gelten andere durch die besonderen Forderungen des Wehrdienstes an Lebens- und Verhaltensweise gesetzte Maßstäbe.“ Der junge Rekrut „lernt neu Pflichten, aber auch neue Rechte und Freiheiten kennen.“

Diese neuen Rechte und Pflichten nannte Bundestags-Vizepräsident Dr. Jaeger (CSU) im Bundestag beim Namen — womit wir dann bei Teil 2 des Regierungsrezepts angelangt wären. Die für die Unterdrückung der gegen die Demokratie- und friedensfeindliche Agitation eines Thielicke wirkenden jungen Christen herbeigeholten Soldaten lobt Jaeger: „Sie haben das vieldiskutierte Leitbild des Staatsbürgers in Uniform durch ihr Vertrauensbewußtsein in die Wirklichkeit übersetzt.“ Wir danken Herrn Jaeger, So klar hat es uns noch niemand gesagt.

Die zwei Linien in der Jugendpolitik, die eingangs erwähnt wurden, sind so alt wie die Bourgeoisie selbst. In Zeiten der verschärften Auseinandersetzung um den Weg der Nation treten sie besonders deutlich zu Tage. Vom nationalistischen Taumel, in den die Jugend von Meinungsmachern des Kaiserreiches am Vorabend des 1. Weltkrieges versetzt wurde, muß hier gesprochen werden, und andererseits von den Morden an den jungen Kriegsgegnern Reichpietsch und Köbis, an dem Begründer der sozialistischen Jugendbewegung, Karl Liebknecht. Von der Irreführung der Jugend durch die Nazis, von dem demagogischen „Jugend muß durch Jugend geführt werden“, von den großen militärischen Jugendlagern der dreißiger Jahre

muß hier gesprochen werden, ebenso wie von dem Terror gegen junge Demokraten, die in die Zuchthäuser und Konzentrationslager geworfen und wie die Geschwister Scholl, Bruno Tesch, Helmut Hübener und viele andere ermordet wurden, will sie sich wehren.

Heute stehen wir wieder an einem entscheidenden Punkt in der Entwicklung unseres Landes. Soll die Bundesrepublik endgültig durch Notstandsgesetze ihres demokratischen Charakters beraubt werden, soll die verstärkte Rüstung und die atomare Mitwirkung endgültig den Weg zur Sicherheit Europas und zur Annäherung der beiden deutschen Staaten verbauen, soll die Diktatur der wirtschaftlich und politisch Herrschenden in Betrieb, Schule, Hochschule verewigt werden, und soll die arbeitende Bevölkerung die Kosten für diese Politik tragen? So fragen junge Arbeiter, Schüler und Studenten. Und wieder treten jene „Pädagogen“ auf den Plan, die für kaiserlichen Kommiß und Langemark, für SS, Gestapo und Auschwitz die Schuld tragen. Sie entpolitisieren, so wie Springers „Bravo“: „Die Welt ringsum ist im Lot.“ Sie manipulieren Meinungen mit BILD-Zeitung und Ostkunde im Unterricht, mit Antikommunismus und Gewerkschaftsfeindlichkeit. Sie schalten die internationale Jugendarbeit der Jugendverbände auf der Basis der regierungsoffiziellen Außenpolitik gleich. Sie wollen der Jugend mehr „vaterländisches Bewußtsein“ einträufeln, wie Bundesjugendminister Dr. Heck, der Schlesien „eine deutsche Provinz“ nennt und den Führer des faschistischen Portugal, Salazar, als einen „der großen Staatsmänner unserer Zeit“ empfiehlt. Wenn aber Entpolitisierung, Manipulierung, gleichgeschaltete politische Bildung oder gar Entzug öffentlicher Förderungsmittel nicht mehr ausreichen, dann folgt der nackte Polizeiterror. Wie wir ihn in Bremen, Kiel, Berlin, Freiburg und in vielen anderen Städten jetzt erleben.

Machen wir uns nichts vor. Es ging bei der Bundestagsdebatte vom 9. Februar nicht um Entgleisungen gewalttätiger Jugendlicher. Der Schaden, der durch einige Verbitterte oder durch bezahlte Provokateure an Verkehrsmitteln und geheiligten Fensterscheiben Axel Springers angerichtet wurde, beträgt nur einen Bruchteil von dem Schaden, der beispielsweise 1965 durch die Zerstörung der Waldbühne in Westberlin beim Rolling Stones-Konzert entstand, nachdem die Springer-Presse die Jugendlichen wochenlang in einen entsprechenden Taumel versetzt hatte. Damals war es „Begeisterung“, heute spricht man vom „Terror“ der „Jung-Roten“. Der Bundestag setzte auf Geheiß Springers („BILD“ am 7. 2. 1968: „Schlafen unsere Politiker?“ und des hauseigenen Bundestagsabgeordneten des Flick-Konzerns, Pohle (der nach „illegalen Störaktionen“ fragte), das Problem der Jugenddemonstrationen auf die Tagesordnung. Es ging um die „demagogische und unsach-

liche Variante der Kampagne gegen die Notstandsgesetzgebung“ (Stoltenberg). Es sollte die IG Metall geprügelt werden, die beschuldigt wurde, die Aktionen des SDS zu finanzieren. Es ging darum, bei der Bevölkerung Verständnis für den „unerhört schweren Dienst“ des Verfassungsschutzes zu wecken und sie aufzufordern, „mit den Minderheiten härter ins Gericht zu gehen“ (Lücke). Es ging um „Verbrechensbekämpfung auf diesem Gebiet“, wie Lücke es nannte. (Im amtlichen Protokoll ist das Wort „Verbrechen“ vorsichtshalber gestrichen worden.) Es ging darum, daß nicht „das Verhältnis zu unseren Verbündeten“ gefährdet wird (Pohle), die in Vietnam Völkermord betreiben und dabei von der Bundesregierung moralisch unterstützt werden. Diese Verbündeten werden offenbar noch gebraucht für die eigene Politik. Darum ging es.

Der ganzen, gegen den Vietnam-Krieg, gegen Notstandspolitik, gegen soziale Demontage, für Demokratisierung aller Bereiche der Gesellschaft kämpfenden Opposition soll die Meinungsfreiheit beschnitten werden. Das wurde in der Jugenddebatte des Bundestages deutlich. Weitere „Geduld“ wäre „unverzeihliche Schwäche“, erklärte Bundeskanzler Kiesinger. Zu den Ursachen der Demonstrationen nahm Kiesinger nicht Stellung. Vielmehr schuf er neue Ursachen. Die Hetze der BILD-Zeitung wies Kiesinger nicht zurück. Vielmehr stimmte er in sie ein. Am 9. Februar wurde der Jugend im Bundestag die schwärzeste Stunde seit langem bereitet.

Die Naturfreundejugend Rheinland erklärte in einer Stellungnahme zur Hetze gegen die jungen Demonstranten: „Den Widerspruch zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit werden wir unseren jugendlichen Mitgliedern deutlich machen, den Widerstand gegen undemokratische und autoritäre Tendenzen stärken und somit an der Voraussetzung einer realen Demokratie mitarbeiten.“ Andere Sprecher aus der Jugendarbeit haben davor gewarnt, sich jetzt in „Gemäßigte“ und „radikale Minderheiten“ aufspalten zu lassen, wie es die herrschenden Kreise beabsichtigen. Daher muß Solidarität geübt werden mit den für ihre berechtigten Forderungen kämpfenden jungen Menschen. Das Bestreben, den SDS zu verbieten, muß vereitelt werden. Die weitere Festigung der Gemeinsamkeit in der Aktion aller demokratischen Organisationen, das ist die wichtigste Konsequenz, die nach diesem jugendpolitisch so bedeutsamen Monat gezogen werden muß.

Quellen:

1. „Zweiter Bericht über die Lage der Jugend“, Bundesdrucksache V 2453
2. Protokoll des Deutschen Bundestages, 164. Sitzung, 9. Februar
3. „Bravo“ Nr. 52/67
4. Grußtelegramm Hecks an das Bundestreffen der Landsmannschaft Schlesien, München 23. — 25. 6. 1967
5. Jugendpolitischer Dienst vom 26. 1. 1968
6. siehe auch „Springer enteignen“, Dokumentation des Republikanischen Clubs Westberlin



minister, der von einer demokratischen Entwicklung im faschistischen Spanien spricht. Und der für die Jugendpolitik zuständige Minister Dr. Heck feiert den Diktator des faschistischen Portugal, Salazar, als „einen der großen Staatsmänner unserer Zeit“. Unsere Regierung unterstützt schließlich auch den Völkermord der USA in Vietnam rückhaltlos. Wer sind die Politiker jenseits der Elbe? Sie kommen aus der Arbeiterklasse, sie haben in Spanien für die Republik gekämpft, in Deutschland dem Faschismus Widerstand geleistet und immer die Interessen der Arbeiterschaft vertreten. Die DDR-Regierung unterstützt den Freiheitskampf des vietnamesischen Volkes.

elan: Also, I like Ulbricht?

Wolfgang Gehrcke: Wir wollen hier keine Liebeserklärung abgeben. Wir haben eben eine Gegenüberstellung gemacht. Urteilt selbst. Wir sind für ein sozialistisches Deutschland, und wir werden, wie es in unserem Aufruf heißt, freundschaftliche Beziehungen zur Jugend der DDR, zur sozialistischen FDJ aufnehmen. Hetze und Diskriminierung machen wir nicht mit.

elan: In euren Aufruf sprecht ihr von der Macht der „Hundert Familien“. Was versteht ihr darunter.

Rolf Priemer: Nicht nur Marxisten haben von der Macht dieser kleinen Gruppe gesprochen. So schrieb die bürgerliche „Christ und Welt“ am 4. 9. 1964: „Zusammengerechnet sind es 94 Männer, die in der kombinierten Funktion als Vorstände und Aufsichtsräte den Kern der deutschen Wirtschaft beherrschen. Sie bestimmen die Personalpolitik für mehrere Millionen Belegschaftsangehörige und die Geschäftspolitik für eine zweistellige Milliarden-summe an Käufen und Verkäufen. Nicht zuletzt sind diese Männer entscheidend für Zuwendungen an die Wahlfonds der Parteien, Institutionen der öffentlichen Meinungsbildung und Interessenvertretungen.“

Wolfgang Gehrcke: Oder nehmen wir ein anderes aktuelles Beispiel. Der Aufstand der Jugend geht den Großkapitalisten auf die Nerven. Und einer ihrer Beauftragten im Bundestag, der CSU-Abgeordnete Dr. Wolfgang Pohle, vom Flick-Konzern, stellte den Antrag, die Regierung möge sich mit diesem Problem beschäftigen und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Und siehe da, fünf Tage später nehmen der Bundeskanzler und die Regierungskoalition Stellung und erklären, daß sie weiteren Demonstrationen der Jugend mit brutaler Gewalt begegnen werden. Das ist die Herrschaft der hundert Familien, das verstehen sie unter Demokratie.

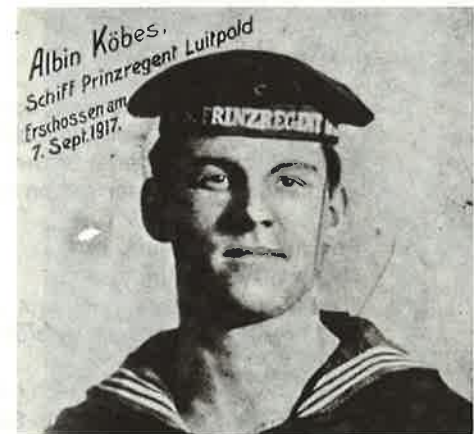
elan: Wie wird sich nun die Gründung eurer Jugendorganisation vollziehen?



„Unsere Vorbilder Karl Liebknecht,...



... und die revolutionären Matrosen und Arbeiter.“



Rolf Priemer: Unser Gründungskongreß wird am 4. Mai 1968 in der Geburtsstadt Karl Marx', in Trier, stattfinden, am Vorabend seines 150. Geburtstages. Auf diesem Gründungskongreß, zu dem wir die Jugendlichen aus allen Teilen der Bundesrepublik einladen, werden unser Programm, unsere Satzung und der Name der Organisation beschlossen. Zum Gründungskongreß haben wir zu einer Begrüßungsansprache neben anderen Politikern den 1. Sekretär der Kommunistischen Partei Deutschlands, Max Reimann, eingeladen. Wir haben die Bundesregierung aufgefordert, die Haftbefehle gegen Max Reimann aufzuheben.

elan: Wie stellt ihr euch überhaupt euer Verhältnis zur KPD vor?

Gerd Bauer: Es ist selbstverständlich, daß wir als sozialistische Organisation uns intensiv an der Diskussion über das neue Programm der KPD beteiligen werden. Die Wiederzulassung der KPD ist eine dringende Forderung. Es versteht sich, daß wir auch zu allen anderen sozialistischen Kräften ein gutes Verhältnis anstreben.

elan: Die Verwirklichung eurer Pläne kostet natürlich Geld. Wie sieht es aus in eurer Kasse?

Wolfgang Gehrcke: Wir werden eine demokratische Jugendorganisation gründen, die auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus politische Bildungsarbeit betreibt und jugendpflegerische Arbeit leistet. Warum sollten wir kein Geld aus Bonn bekommen? Selbstverständlich werden wir sofort nach Gründung unserer Jugendorganisation die notwendigen Schritte unternehmen. Natürlich werden wir keine Zuwendungen der Industrie erhalten. Wir sind schließlich keine Sing-outer. Wir rechnen aber mit Spenden von jungen Leuten. Es ist schon Geld auf unserem Postcheckkonto Dortmund 200 23, Rolf J. Priemer — Sonderkonto, eingegangen. Vielleicht gibt es auch unter euren Lesern junge Menschen, die ein paar Mark von ihrem Taschengeld für uns abzweigen können.

elan: Welche Pläne habt ihr für die nächste Zeit?

Rolf Priemer: Am 16./17. März werden wir in Duisburg ein Jugendforum zum Thema „120 Jahre kommunistisches Manifest“ durchführen. Eure Leser sind herzlich dazu eingeladen. Selbstverständlich werden wir auch zur Teilnahme am Ostermarsch '68 und am Sternmarsch gegen die Notstandsgesetze aufrufen. Nach dem Gründungskongreß werden wir unsere Organisation aufbauen. Gemeinsam mit anderen Organisationen wollen wir am 2. Juni, dem Todestag von Benno Ohnesorg, demonstrieren. Im Sommer nehmen wir selbstverständlich am Festival in Sofia teil.

Bertold Brecht 70 Jahre

Bertold Brecht.
schlug sich auf „die andere Seite der Barrikade“: er stellte seine Kunst in den Dienst der Arbeiterklasse. Der „Stückschreiber“ der erkannt hatte, daß die Gesellschaft in Klassen gespalten ist, ergriff Partei für die „große Umwälzung“ der Gesellschaft. Und er forderte Parteinahme von jedem: gegen „die Feinde der Arbeiter“:



Brecht war Kommunist. Die „Umwälzung“ bedeutete für ihn, den Kommunismus zu schaffen. Als er, nach dem 2. Weltkrieg aus der Emigration kommend, seinen Wohnsitz in Ostberlin nahm, war das konsequent. Hier wurde seine „Umwälzung“ gemacht. Hier arbeitete er mit:

Brecht, der am 10. Februar 70 Jahre alt geworden wäre, fragte in einem Gedicht: „Warum sollte mein Name genannt werden?“, da es doch Neues und Besseres geben werde. Brechts Name bleibt weiter genannt; denn was er zu sagen hatte, hat hier noch Gültigkeit.

VERJAGT MIT GUTEM GRUND

Ich bin aufgewachsen als Sohn
Wohlhabender Leute. Meine Eltern haben mir
Einen Kragen umgebunden und mich erzogen
In den Gewohnheiten des Bedientwerdens
Und unterrichtet in der Kunst des Befehlens. Aber
Als ich erwachsen war und um mich sah
Gefielen mir die Leute meiner Klasse nicht
Nicht das Befehlen und nicht das Bedientwerden
Und ich verließ meine Klasse und gesellte mich
Zu den geringen Leuten.
So
Haben sie einen Verräter aufgezogen, ihn unterrichtet
In ihren Künsten, und er
Verrät sie dem Feind.
Ja, ich plaudere ihre Geheimnisse aus. Unter dem Volk
Stehe ich und erkläre
Wie sie betrügen, und sage voraus, was kommen wird, denn ich
bin in ihre Pläne eingeweiht.

GEGEN DIE OBJEKTIVEN

Wenn die Bekämpfer des Unrechts
Ihre verwundeten Gesichter zeigen
Ist die Ungeduld derer, die Sicherheit waren
Groß.

Warum beschwert ihr euch, fragen sie
Ihr habt das Unrecht bekämpft! Jetzt
Hat es euch besiegt: schweigt also!

Wer kämpft, sagen sie, muß verlieren können
Wer Streit sucht, begibt sich in Gefahr
Wer mit Gewalt vorgeht
Darf die Gewalt nicht beschuldigen.

Ach, Freunde, die ihr gesichert seid
Warum so feindlich? Sind wir
Eure Feinde, die wir Feinde des Unrechts sind?
Wenn die Kämpfer gegen das Unrecht besiegt sind
Hat das Unrecht doch nicht recht!!

Unsere Niederlagen nämlich
Beweisen nichts, als daß wir zu
Wenige sind
Die gegen die Gemeinheit kämpfen
Und von den Zuschauern erwarten wir
Daß sie wenigstens beschämt sind!

AUFBAULIED

Jeder sitzt mal gerne unterm Dache
Drum ist aufbaun gar kein schlechter Rat.
Aber es muß sein in eigener Sache
Und so baun wir erst 'nen neuen Staat.

Fort mit den Trümmern
Und was Neues hingebaut!
Um uns selber müssen wir uns selber kümmern
Und heraus gegen uns, wer sich traut!

Besser als gerührt sein, ist: sich rühren
Denn kein Führer führt aus dem Salat!
Selber werden wir uns endlich führen:
Weg der alte, her der neue Staat!

Traurig aber dankbar zugleich blickt mich
der kleine Ba an. Ich hatte ihm eine Reis-
matte geschenkt, damit er nicht auf dem
bloßen Boden sitzen mußte. In der ver-
gangenen Nacht war der 4jährige mit
Napalmverbrennungen zum Kranken-
haus gebracht worden. Gegen sein Dorf
hatten die Amerikaner wieder eine „Be-
friedungsaktion“ durchgeführt.
Nun ist er allein in der Welt. Seine Eltern
und die Geschwister sind tot. Vater und
Mutter starben bei einem Bombenangriff,
zwei seiner vier Geschwister wurden
ebenfalls vor einem Jahr so schwer von
Napalm verbrannt, daß auch sie sterben
mußten. Die beiden anderen kamen mit
schweren Bauchverletzungen ins Kran-
kenhaus. Auch hier war jede Hilfe zu
spät. Die Nachbarin, die ihn zu sich ge-
nommen hatte, um ihn zu erziehen und
zu ernähren, ist ebenfalls tödlich ver-
wundet worden. Wird nicht in der Seele
dieses Kindes schon der Haß gegen die
Mörder seiner Eltern und Geschwister
geboren?

Ein alter Buddhist, der recht gut das Alte
und das Neue Testament kannte, sagte
mir: „Herr vergib ihnen, o b w o h l sie
wissen was sie tun.“

Aber nicht jeder Südvietnamese denkt
so. Und so kommt es auch, daß der
größte Teil der Bevölkerung mit dem VC
(vietcong) hält und ihn bei seinen Ein-
sätzen und Kampfhandlungen unter-
stützt. Ein südvietnamesischer Arzt sagte
mir vor einigen Tagen: „Dies ist ein ge-
rechter Krieg. Es ist der Kampf des klei-
nen gerechten David gegen den grau-
samen Goliath.“

Fortsetzung von Seite 6



Carsten
Linde

SONG MAGAZIN

Phil Ochs:
Ich werd' nie mehr marschier'n

Für Phil Ochs beginnt die Begegnung mit dem modernen Lied an jenem Tage, als er durch eine Wette bei der Wahl John F. Kennedys zum Präsidenten der USA eine Gitarre gewinnt. Ochs studiert in Ohio Journalistik, merkt aber sehr bald, daß er in den Zeitungen nicht das sagen darf, was er denkt. Er will die Mißstände im Amerika des 20. Jahrhunderts aufdecken, angreifen was rückständig und tabu ist und seine Gedanken einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Sein wacher Verstand und sein scharfes Beobachtungsvermögen befähigen ihn zu satirisch-aggressiven Versen und Liedern, die von den Coffe-House-Sängern aufgegriffen werden und sich schnell in den Staaten verbreiten.

In der Form eines Talking-Blues wirft Phil Ochs der amerikanischen Regierung schon 1963 vor, in Vietnam nicht — wie sie es vorgibt — die De-

mokratie sondern die Diemokratie zu verteidigen und neue Waffen für neue Kriege auszuprobieren. Zu diesem Lied sagt er: „Wir Amerikaner sind heute die Nazis der Welt. Nur haben wir die Deutschen im Ausmaß des Völkermordes noch nicht ganz erreicht.“

Seine Lieder erinnern an die ermordeten oder gelynchten Vorkämpfer für die Gleichberechtigung der Neger, besingen John F. Kennedy und William L. Moore, der während seines Ein-Mann-Marsches durch die Südstaaten der USA erschossen wurde.

Mit treffenden Sätzen und bitterem Humor kommentiert Phil Ochs seine Umwelt und die Geschehnisse des politischen und sozialen Lebens der USA. „Jeder der eine Nationalflagge schwenkt ist ein Arschloch, denn das hat nichts mit Patriotismus zu tun. Am besten zeigen heute die amerikanischen Neger wie sehr sie ihr Heimatland lieben, ... indem sie ihre

Elendsquartiere und Ghettos niederbrennen.“ Seine Songs setzen sich mit der Kubakrise, dem schmutzigen Krieg in Vietnam, dem Militarismus, der Bürgerrechtsbewegung und den Gewerkschaften und Parteien auseinander. Aber es ist keine überspitzte Polemik, keine Effekthascherei in seinen Liedern. Sie fordern zum Nachdenken, zum Gebrauch des eigenen Verstandes auf, sie beinhalten — trotz aller Schärfe und Härte — immer eine positive Aussage, welche die Songs Bob Dylans oft vermissen lassen. Sie vermeiden jeden Pessimismus und ihre Bitterkeit wird oft durch den Ochs'schen Humor gemildert, der sich in ideenreichen Wortspielen äußert.

Will man Phil Ochs innerhalb der jungen Generation der amerikanischen Liedermacher einordnen, so steht er „links außen“ von Buffy St-Marie, Bob Dylan, Len Chandler, Marc Spoelstra und Peter La Farge. Mit Woody Guthrie, dem Idol der Folksinger Amerikas verbinden ihn die Schärfe seiner Kritik und die Hoffnung, durch seine Lieder möglichst viele Ungerechtigkeiten aufdecken und so eine Wendung zum Besseren bewirken zu können. Wie Guthrie sieht sich Ochs die Dinge und Verhältnisse, die er besingt, persönlich an, um seine Erfahrungen an ihnen zu gewinnen. So lebte er zum Beispiel einige Wochen unter den verarmten und streikenden Bergarbeitern in Hazard/Kentucky. Mit Joe Hill, dem legendären Gewerkschaftsführer

zu Beginn dieses Jahrhunderts verbindet ihn die Unnachgiebigkeit seiner Haltung: Wegen seiner scharfen Kritik am negerfeindlichen Bundesstaat Mississippi und seinen Bewohnern muß er befürchten, dort von Fanatikern ermordet zu werden.

Nachdem Phil Ochs vier Jahre lang Protest-Songs geschrieben und gesungen hat, steht heute fest: er hat nicht die dichterische Kraft oder die musikalische Virtuosität Bob Dylans, als dessen Nachfolger er gelegentlich bezeichnet wurde. Sicher sind manche seiner Topical-Songs gute zeitkritische Lieder, aber relativ wenige werden die nächsten zwanzig Jahre überdauern. Auch zeigte seine dritte LP „Phil in Concert“ deutlich seine stimmlichen Schwächen.

Auf seiner im Frühjahr erscheinenden neuen LP „Pleasures of the Harbor“ versucht Phil Ochs durch beat-, jazz- und barockähnliche Background-Musik seine kritischen Gedanken und Verse zu akzentuieren. Es wird eine Art „unterschwelliger Protest im Stile absurder Politik“ sein, womit Phil Ochs den USA weiterhin den Spiegel vorhalten wird.



TERMIN FÜR DAS WALDECK-FESTIVAL 1968

Der Termin für das „5. Festival Folklore International Chanson“ auf Burg Waldeck liegt fest. Die Zeit vom 12. — 17. Juni (einschließlich) ist insofern für das Festival besonders günstig, als sie vier arbeitsfreie Tage umfaßt. Auskünfte über das Programm, die teilnehmenden Interpreten und Workshops gibt die Arbeitsgemeinschaft Burg Waldeck e. V. 5449 Dorweiler über Kastellaun — Tel. Nr. (067 62) 666.

Der Österreicher **GEORG KREISLER** ist das Vorbild des deutschen „singenden Studienrates“ Walter Hedemann. Kreislers schwarze Gesänge haben es in sich. Es sind makabre „Lieder zum Fürchten“ oder heitere Lieder, die Georg Kreisler am Klavier vorträgt. Ihnen ist gemeinsam die beschwingte Sprache, der hintergründige Witz und die Virtuosität des Vortrags. „Die große Georg Kreisler Platte“ vereinigt viele der besten Kreislerschen Lieder zu einer hervorragenden LP (Electrola 91507), von denen „Tauben vergiften“, „Herberts blaue Augen“ und „Biddla Buh“ schon Klassiker des schwarzen Humors geworden sind.

HEINRICH LÜBKE „...REDET FÜR DEUTSCHLAND“

Ausschnitte aus den Reden des Bundespräsidenten hat „Pardon“ auf eine LP geschnitten, damit „endlich das unhöfliche Spottgelächter“ über unser Staatsoberhaupt aufhört. Allerdings, das Lachen vergeht

einem rasch, über die simplen und treudeutschen Sätze des großen Heinrich. Seine Reden sprechen für sich selbst, darum hätte die Pardon-Redaktion noch mehr echte Lübke-Stilblüten und weniger die eigenen schwachen Späße aufnehmen sollen. Eine lobenswerte Dokumentationsplatte! (Bärmeier & Nickel, 19,— DM)



Von **WALTER MOSSMANN** ist eine neue LP „Große Anfrage“ (Da Camera Song SM 95006, 25 DM) erschienen. Was sich in den letzten Liedern seiner ersten Schallplatte „Achterbahn“ (Da Camera Song SM 95 004, 19 DM) schon ankündigte, wird nun deutlicher offenbar: Walter Mossmann versucht sich erfolglos am politischen Lied, während seine anderen Chansons gelungen sind und eine eigene Sprache sprechen. Mossmann hat etwas gegen die „Tendenzpoesie“ der Protestsänger, aber er selbst schreibt politische Lieder, deren Aussage durch zu viele dichterische Bilder und Assoziationen verschwommen bleiben. Er fühlt sich als direkter Nachfolger des großen Heinrich Heine und gelegentlich treten andere peinliche Selbstüberheblichkeiten dieses Sängers zutage, wenn er beispielsweise singt: „... Mossmann lästert die Nation...“ Seine Lästerzunge ist überhaupt nicht spitz und scharf genug, um die Nation wirklich zu beruhigen — im Gegensatz zu Dieter Süverkrüps Gesängen, die sogar Minister verärgern.

BRD

1. World
2. Hello, Goodbye
3. The Ballad of Bonnie and Clyde
4. Judy in Disguise
5. Pata Pata
6. Magical Mystery Tow
7. Wenn es Nacht wird in Harlem
8. Dear Eloise
9. 2000 Light Years
10. She's a Rainbow

Bee Gees (Polydor)
Beatles (Odeon)
Georgie Fame (CBS)
John Fred + his Playboy Band (Vogue)
Miriam Makeba (Columbia)
Beatles (Odeon)
Manuela (Telefunken)
Hollies (Ariola)
Rolling Stones (Decca)
Rolling Stones (Decca)

USA

1. Green Tambourine
2. Judy in Disguise
3. Chain of Fools
4. Spooky
5. Bend me, Shape me
6. Woman, Woman
7. Love is blue
8. Nobody but me
9. Goin' out of my head
10. I wish it would rain

Lemon Pipers (Buddha)
John Fred + his Playboy Band
Aretha Franklin (Atlantic)
Classics IV (Liberty)
American Breed (Columbia)
Union Gap (CBS)
Paul Mauriat
Human Beinz (Capitol)
Letter men
Temptations

ENGLAND

1. Everlasting Love
2. Mighty Quinn
3. Am I that easy to forget
4. Judy in Disguise
5. Bend me, shape me
6. She wears my ring
7. Suddenly you love me
8. Gimme little sign
9. The Ballad of Bonnie and Clyde
10. Pictures of match stick men

The Love Affairs (CBS)
Manfred Mann (Fontana)
Engelbert Humperdinck (Decca)
John Fred + His Playboy Band (Pye)
The Amen Corner (Deram)
Solomon King (Columbia)
The Tremeloes (CBS)
Brenton Wood (Liberty)
Georgie Fame (CBS)
Status Quo

FRANKREICH

1. La dernière Valse
2. Dans une Heure
3. Comme d'Habitude
4. Tonton Christobal
5. Hello, Goodbye
6. Massachusetts
7. Histoire de Clou
8. Les Roses blanches
9. Il faut croire aux Etelles
10. Paulette

Mireille Mathieu (Barclay)
Sheila (Philips)
Claude Francois (Philips)
Pierre Perret
Beatles (Odeon)
Bee Gees (Polydor)
Adamo (Pathé)
Sunlights (AZ)
Richard Anthony (Pathé)
Charlots (Vogue)

Eine neue
„pläne“-Schallplatte:
Lieder der jungen
spanischen Opposition

30-cm-LP/stereo
mit Textheft
Bestell-Nr. S 55101
Preis DM 22,50



Zu beziehen durch den Buch-
und Schallplattenhandel
oder direkt vom Verlag „pläne“ GmbH
46 Dortmund, Humboldtstraße 12

Joan & José

Guanyarem

Wir werden siegen

Ganaremos

Es lohnt sich!



Preise stark herabgesetzt
für Schreibmaschinen aus
Vorführung und Retouren,
trotzdem Garantie u. Umtausch-
recht. Kleinste Raten. Fordern
Sie Gratiskatalog N 286

NÖTHEL Deutschlands großes
Büromaschinenhaus
A. G. - M. Z. H.
34 GÖTTINGEN, Postfach 601

Wer mitreden will, sollte es gelesen haben:
Das neue

Notstands ABC

Von Karl Hubert Reichel
Alles über den Stand der Bonner Notstandspläne.
Einzelpreis der e l a n - Beilage 0,30 DM.
Zu beziehen durch:
Weltkreisverlags GmbH., 6 Frankfurt/M., Robert Mayer-Str. 50

Hosch

druckt von
DIN A 6 bis
DIN A 2:

Bücher,
Broschüren,
Prospekte,
Briefbogen,
Kataloge,
Preislisten,
Drucksachen
aller Art

HOSCH GmbH.
6 Frankfurt am Main W 13
Kurfürstenplatz 42
Tel. 77 82 73

Bonnie und Clyde

Dies ist die schöne und traurige Ballade des Gangsterpärchens Bonnie Parker und Clyde Barrow, die am 23. Mai 1934 in Louisiana (USA) von der Polizei in einen Hinterhalt gelockt und brutal zusammengeschossen wurden. Bonnie und Clyde hatten Banken geplündert, dabei gemordet und Polizisten erschossen. Das blutige Ende war konsequent und vorauszusehen. Und doch erscheint das Vorgehen der Polizei gewalttätiger und terroristischer als die Taten von Bonnie und Clyde.

Arthur Penn hat die Geschichte der beiden verfilmt (in den Hauptrollen: Warren Beatty, Faye Dunaway). Es ist ein sehr persönlicher Film des Regisseurs. Arthur Penn brach mit den Methoden der normalen Hollywood-Produktion. Und mit seinem Filmstil: der glatten, perfekten Konfektionsware. Und darum ist dieser Film modern und so „europäisch“ wie die Filme Godards, Fellinis, Antonionis. Das amerikanische Nachrichtenmagazin „TIME“ sieht in „Bonnie und Clyde“ einen neuen Anfang für Hollywood. Schön wäre es.

Man kann den Film genießen: er ist locker gemacht, spannend und rhythmisch. Doch das ist nur die Oberfläche. Hinter der einfachen Gangstergeschichte verbirgt sich eine scharfe Analyse der amerikanischen Ideologie und der amerikanischen Gesellschaft. Der Film zerstört den Mythos des „american way of life“.

Bonnie und Clyde wollen „frei und unabhängig“ sein, sie wollen „ihr eigenes Leben“ leben. Und darum werden sie Gangster. Am Anfang des Filmes nun leben sie in jener „Freiheit und Unabhängigkeit“, die sich der amerikanische Durchschnittsbürger wünscht. Sie haben einen einträglichen Job (Clyde stellt sich mit der Berufsbezeichnung „Bankräuber“ vor), sie haben immer die neuesten Autos und Kleider, sie können frei herumreisen (Bonnie und Clyde sind auch so etwas wie Touristen) und sie sind bekannt und berühmt (Sie schicken sogar selbst Fotos und Gedichte über sich an die Zeitung).

Doch der Regisseur zeigt auch die Schattenseiten dieser „individuellen Freiheit“: sie macht rücksichtslos, sie macht brutal, und führt letztenendes zur Gewalttätigkeit, zum Mord. Und sie macht einsam und verlassen, sie schließt so etwas wie mitmenschliche Solidarität aus. Es ist eine der schönsten und traurigsten Szenen des Filmes, als Bonnie während eines Besuches bei ihrer Mutter erkennt, daß sie mit der selbsterwählten Freiheit auch Einsamkeit und Verzicht auf Geborgenheit eingekauft hat.

Es ist dem Film vorgeworfen worden, daß er ohne Übergang brutale, grausame Szenen neben amüsante, lustige stelle. Eben darum,



film magazin

weil der Regisseur bewußt machen will, daß diese „individuelle Freiheit“ (wie die Freiheit des Wettbewerbes der Kapitalisten) eng mit Gewalt verknüpft ist und zu Gewalt führt.

Doch die Gesellschaft kann die „Willkürliche Freiheit“ nicht erlauben; denn sie ist gefährlich für die Gesellschaft. Darum sind Bonnie und Clyde auch schon dem Tode geweiht, als

sie die erste Bank ausrauben und einen Mann erschlagen. Bonnie und Clyde wissen und ahnen es auch. Sie sind anfangs noch aktiv und unabhängig, so werden ihre Handlungen später immer mehr Reaktionen auf das Vorgehen der Polizei. Ihr Tod ist sicher und gerecht.

Und obwohl dieser Tod gerecht und berechtigt ist, erscheint er uns als sinnlos und grausam, die Polizei (als Vertreter des Staates, der Autorität) als brutal und terroristisch. Vielleicht weil wir merken, daß Bonnie und Clyde ein „Wunschbild“, einen „Traum der individuellen Freiheit“ ernst nehmen und versuchen, ihn zu verwirklichen. Und weil wir merken, daß die „Wirklichkeit“ (die Gesellschaft und die Autorität) es niemals gestattet.

So will uns dieser Film zweierlei bewußt machen: der Freiheitsbegriff der amerikanischen Ideologie führt zur Gewalt, zum Kampf aller gegen alle. Und dann: der Freiheitsbegriff ist eine „Illusion“, ein „Mythos“. Wehe, wenn jemand versucht, ihn ernst zu nehmen, danach zu leben, die staatliche Gewalt, die Autorität, wird ihn zerstören.

Dellef Langer

La Chinoise

La Chinoise. Dieser Film wurde zuerst im Fernsehen gezeigt, jetzt läuft er in den Kinos an. Ein Film von Jean Luc Godard. Das heißt: ein schwieriger Film, ein intelligenter, ein wichtiger Film. „La Chinoise“ zeigt eine Gruppe junger Leute, die eine Ferienkommune gründen, die über China und die Kulturrevolution reden, über Vietnam und revolutionäre Aktionen sprechen, diskutieren und nachdenken.

In diesem Film wird viel gesprochen und wenig gehandelt. Man redet über die gesellschaftlichen Zustände und darüber, wie sie zu ändern seien; wenn jedoch gehandelt wird, so erscheint es zufällig, zusammenhanglos. Der Film diskutiert damit die Spannung zwischen Theorie und praktischem Handeln. Er will den Intellektuellen das Bewußtsein vermitteln, wie weit sie sich schon von der politischen Praxis entfernt haben. Unbedingt ansehen, wenn die Möglichkeit besteht.

48 Stunden nach Acapulco



48 Stunden nach Acapulco ist der erste von drei Spielfilmen, die in diesem Jahr von Klaus Lemke in die Kinos kommen. Dies ist ein Gangsterfilm nach dem bekannten Muster „crime doesn't pay“. Alles in diesem Film ist bekannt – aus amerikanischen Gangsterfilmen. Die Bilder, die Handlungsmuster, die Motive der Helden, die formalen Bildfolgen. Lemke macht das bewußt. Er will damit klar machen, daß das Bild ein „Film“-Bild ist, ein künstliches Bild und nicht Abbild der Wirklichkeit. Sein Film macht kritisch gegenüber Bildern, die vorgaben, die „Wirklichkeit“ abzubilden. Darum zu empfehlen.

Die goldene Pille

Die goldene Pille ist der erste eigene Spielfilm des Produzenten und Bildhauers und Fabrikanten Adloff. Sein Kurzfilm „Der Wechsel im Tempel“ wurde von der Filmselfkontrolle verboten, weil er „christliche Gefühle verletze“. Dabei ging es Adloff in seinem Streifen nicht darum, die christliche Humanität anzugreifen, sondern allein um die politische Haltung der Institution Kirche, die im „Namen Christi“ Kriege segnete und Ungläubige tötete. (Der Film wird für geschlossene Veranstaltungen verliehen durch die Humanistische Union, 8 München, Geiselsbergstraße 116)

Auch die „Goldene Pille“ wurde schon vor Drehbeginn von einem evangelischen Würdenträger angegriffen. Er hätte warten können, der Film erledigt sich selbst. Dabei ist das Thema (wie das des Kurzfilms) diskutierenswert: die Anti-Baby-Pille, die verkorkste Kleinbürgermoral, die Überbevölkerung. Doch die Bearbeitung zeigt Stil und Niveau eines „Neuen-Illustrierten-Reports“, schlimmer noch: sie langweilt. Da hilft auch keine aufklärende Absicht. Wer solche Filme dreht, beweist vielmehr Verachtung (denn er hält die Zuschauer für dumm). Einfach ärgerlich.

Film-Notizen

Che Guerva lebt als Mythos weiter. Der Film hat sich schon immer für Mythen interessiert. Gleich zwei Regisseure wollen einen Film über den kubanisch-argentinischen Revolutionär drehen. Einmal der italienische Filmregisseur Francesco Rosi, der schon mehrere politisch engagierte Filme schuf („Wer erschoss Salvatore G.“ — „Hände über der Stadt“). Und dann noch Tony Richardson. Anfangs drehte er in England sozialkritische Filme; nach dem großen Kassenerfolg von „Tom Jones — Zwischen Bett und Galgen“ arbeitete er nur noch für Hollywood. Man sieht es den späteren Filmen an. Ob er Che nun zum Hollywood-Star machen will?

Die Kurzfilmtage Oberhausen finden dieses Jahr vom 31. März bis 6. April statt. Nun zum vierzehnten Mal. Die Ruhr-Stadt Oberhausen wird dann für wenige Tage „Hauptstadt des internationalen Kurzfilms“. Dies ist ein wichtiges Festival, weil es einen Querschnitt durch die Kurzfilmproduktion bietet, die inzwischen längst das Klischee des „Kulturfilmes“ abgestreift hat. Und weil es mit talentierten Filmern bekannt macht, die aus finanziellen Gründen zuerst Kurzfilme

und dann Langfilme drehen. In diesem Jahr sind allein von deutschen Jung-Filmern ungefähr 120 Kurzfilme angemeldet worden. Das ist schon keine „Film-Welle“ mehr, sondern fast eine Flut.

Black Power Cinema. Eine Gruppe junger Filmregisseure („New American Cinema Group“) in New York hat hundert Kameras (zwanzig 16mm und achtzig 8mm) über die Negerorganisationen an „schwarze Amerikaner“ verteilt. Damit können hundert Neger sich ohne jede Bedingung im Film ausdrücken. Film- und Laborkosten übernimmt die Filmgenossenschaft, zur technischen Beratung stehen die Filmregisseure der Gruppe zur Seite.

Dieses „Negerfilmprogramm“ finanzieren die New Yorker „Untergrund-Filmer“ aus dem Gewinn einer Verleih-Organisation, die sie für ihre Filme aufgebaut haben. Über den Gewinn darf man sich wundern: denn diese Filme sind nicht kommerziell, sondern bewußt gegen Hollywood gemacht, sie nehmen keine Rücksicht auf den Zuschauer. Es gilt allein: sie müssen „persönlicher Ausdruck des Regisseurs“ sein.

Und so steht im Negerfilmprogramm: „Wenn ihr findet, euer Leben ekle euch an, wenn ihr die Regierung stürzen und die Stadt umkrempeln wollt, sagt es; aber wenn ihr nur Blumen und Kinder aufnehmen wollt, macht es auch.“

Berlin — 2. Juni ist das Thema eines Dokumentarfilms, den zwei junge Filmstudenten für die Freie Universität Berlin drehten (Verleih: AStA der Freien Universität Berlin, 1 Berlin 33, Garystraße 20). Der fünfzig Minuten lange Film zeigt die Ereignisse bei der Berliner Schahdemonstration, er dokumentiert die Einsätze der Polizei, die zum Tode Benno Ohnesorgs führten.

Dazu befragten die Filmregisseure nach dem 2. Juni mit der Kamera Polizisten, Geheimdienstler und Privatpersonen, die nachweislich Demonstranten verprügelt hatten. Die Antwort: keine, ausweichen, abweisen. Diese Film-Interviews wirken hilflos: man versucht noch zu fragen, wo zu erwarten ist, daß keine Antworten mehr kommen. Doch gerade diese Hilflosigkeit, diese „Fassungslosigkeit“ macht den Film ehrlich. Sie zeigt den Versuch, sich über etwas klar zu werden.

Und klar wurde es den Studenten erst später. Klar: daß der 2. Juni kein „Ausrutscher“ war, sondern Ausdruck faschistischer Tendenzen unserer Gesellschaft. Indem der Film gegen Schluß diese Erkenntnis mitvollzieht, dokumentiert er nicht nur ein Ereignis, sondern auch den Entstehungsprozeß gesellschaftlichen Bewußtseins.



Text und Musik von Carlos Puebla

Verse

Am Dm E7 Am Dm

A - pren - di - mos a que - rer - te Des - de la hi -

E7 Am E7 Am Dm

sto - ri - ca al tu - ra Don - de el sol de tu bra - vu - ra, Le pu - so

Chorus

E7 Am E7

cer - co a la muer - te. A - quí se que da la cla - ra

Am

La en - tra - ña de trans - pa - ren - cia De tu que - ri - da pre -

G F E7

sen - cia Co - man - dan - te Che Gue - va - ra

Hasta siempre, Comandante

Coro:
Aquí se queda la clara,
la entranable transparencia
de tu querida presencia,
Comandante Che Guevara.

Solo:
Aprendimos a quererte
desde la histórica altura
donde el sol de tu bravura
le puso cerco a la muerte.

Tu mano gloriosa y fuerte
sobre la historia dispara
cuando todo Santa Clara
se despierta para verte.

Vienes quemando la brisa
con soles de primavera
para plantar la bandera
con la luz de tu sonrisa.

Tu amor revolucionario
te conduce a nueva empresa
donde esperan la firmeza
de tu brazo libertario.

Seguiremos adelante
como junto a ti seguimos,
y con Fidel te decimos:
Hasta siempre, Comandante ...!





Lieder der Sowjet union

Sowjetischer Armeechor in Paris
(Leitung: Boris Alexandrow):
Vol. 1, LDX-S 4260, 30 cm, DM 18,—
Vol. 2, LDX-S 4274, 30 cm, DM 18,—
Vol. 3, LDX-S 4290, 30 cm, DM 18,—

Chöre der sowjetischen Flotte
(Leitung: Bogolepow):
LDX-S 4231, 30 cm, DM 18,—

EP 3.055, 17 cm, DM 8,—

Chöre der Wolga:
LD-S 4.164, 25 cm, DM 15,—

Lieder und Tänze aus Armenien:
LD-S 4.195, 25 cm, DM 15,—

Lieder aus dem sowjetischen
Orient:
LD-S 4.224, 25 cm, DM 15,—

Lieder und Tänze der Ukraine:
LD-S 4.225, 25 cm, DM 15,—

Kinderlieder aus der Sowjetunion:
LDY 4.100, 17 cm, DM 8,—

Diese Platten sind nur noch in
geringer Auflage vorhanden.



Folksongs

Judy Collins (mit Jim McGuinn)
LDX-S 4.324, 30 cm, DM 18,—

Peggy Seeger: Felsen von Ken-
tucky
LDY 4.154, 17 cm DM 8,—

WESTERN STORY — Frontier
Ballads by Pete Seeger
FWX-M 55.003, 30 cm, DM 18,—

FOLKSONG SELECTION — Traditi-
onal and Western, Rhythm and
Blues
(Pete Seeger, Cisco Houston,
Leadbelly, Big Bill Broonzy,
Champion Jack Dupree u. a. m.
FWX-SP 1.601, 30 cm, DM 18,—

Amerikanische Folklore mit Pete
Seeger, Cisco Houston, Sonny
Terry, City Ramblers u. a. m.
K 54, 30 cm, DM 18,—

Lieder und Tänze Bulgariens
LDY 4030, 17 cm, DM 9,—

Lieder und Tänze Rumäniens
LDY 4028, 17 cm, DM 9,—

Lieder und Tänze Ungarns
LDY 4038, 17 cm, DM 9,—

Lieder aus Vietnam
LDY 4046, 17 cm, DM 9,—

Lieder und Tänze Lateinamerikas
(u. a. Argentinien, Bolivien, Brasi-
lien, Mexico)
LD/S 4208, 30 cm, DM 19,—

Lieder von Mikis Theodorakis
LDX/S 4327, 30 cm, DM 19,—



Revolutions lieder

Lieder des spanischen Bürger-
krieges
LDX-S 4279, 30 cm, DM 19,—

Kubanische Revolutionslieder
LDX-S 4288, 30 cm, DM 19,—

Mexikanische Revolutionslieder
LDX-S 4309, 30 cm, DM 19,—

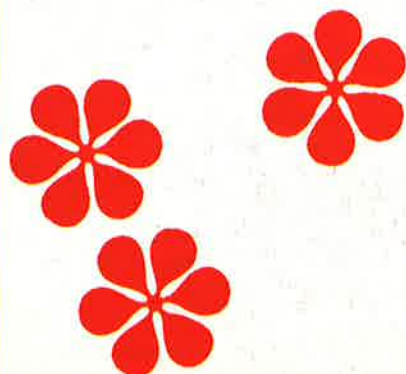
Lieder der FNL Südvietsnam
LDX-S 4316, 30 cm, DM 19,—

Revolutionslieder
(u. a. Marseillaise, Internationale)
EP-45 3001, 17 cm, DM 9,—

Lieder der Freiheit — Die Ge-
schichte Frankreichs im Chanson
(1789—1848—1871)
LDX - S 4336, 30 cm, DM 19,—

Weiterhin zu beziehen: Folklore
aus fast allen Ländern der Erde.

Bestellungen



Weltkreis verlags- GmbH.

Schallplatten vertrieb

6000
Frankfurt/
Main
Robert-
Mayer-Str. 50